



## 7. Stadtratsprotokoll / 7<sup>ème</sup> *procès-verbal du Conseil de ville*

**Sitzung vom Donnerstag, 9. Juni 2011, 18.00 Uhr**  
***Séance du jeudi 9 juin 2011 à 18 heures***

**Ort: Stadtratssaal in der Burg**

***Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg***

---

### **Anwesend / *Présents:***

Ammann Olivier, Arnold Marc, Augsburg-Brom Dana, Baltzer Niklaus, Blättler Schmid Isabelle, Blösch Paul, Bohnenblust Regula, Bösch Andreas, Brassel Urs, Calegari Patrik, Donzé Pablo, Esseiva Monique, Fischer Pascal, Garbani Charlotte, Grivel Pierre-Yves, Grünenwald Samuel, Grupp Christoph, Güntensperger Nathan, Gurtner Roland, Habegger Hans Peter, Hadorn Werner, Hügli Daniel, Isler Peter, Jean-Quartier Caroline, Kaufmann Stefan, Köhli Hans Ulrich, Lachat Thomas, Löffel Christian, Magnin Claire, Menekse Ali, Mischler Peter, Molina Franziska, Morier-Genoud Michèle, Moser Peter, Némitz Cédric, Ogi Pierre, Pichard Alain, Rindlisbacher Hugo, Rüfenacht Daphné, Rüfenacht Martin, Scherrer Martin, Sermet Béatrice, Simon Fatima, Stöckli Schwarzen Heidi, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Sylejmani Ali, Tanner Anna, Wiederkehr Martin, Wiher Max

### **Entschuldigt / *Absence(s) excusée(s):***

Chevallier Barbara, Dunning Samantha, Eschmann René, Habegger Markus, Habegger Rudolf, Linder Fiorella, Nicati Alain, Paronitti Maurice, Tonon Ariane

### **Vertretung des Gemeinderates / *Représentation du Conseil municipal:***

Stadtpräsident Erich Fehr

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Contini François, Klopfenstein Hubert, Liechti Gertsch Teres, Moeschler Pierre-Yves, Schlauri René, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

### **Entschuldigt Gemeinderat / *Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:***

-

### **Vorsitz / *Présidence:***

Herr Stadtratspräsident Thomas Lachat

### **Sekretariat / *Secrétariat:***

Regula Klemmer, Ratssekretärin

<b>Behandelte Geschäfte / <i>Affaires traitées</i></b>	<b>Seite/Page</b>
93. Genehmigung der Traktandenliste .....	295
94. Mitteilungen Stadtratsbüro .....	295
95. 20090324 Volkshaus Biel, Teilsanierung sowie Ersatz Heizung / Verpflichtungskredit .....	296
96. 20110150 Madretschstrasse Kanalisationserneuerung .....	305
97. Überträge vom 19. Mai 2011 .....	307
• Dringliche Interpellation 20110043, Hans Ulrich Köhli, GLP, "Werbung Kulturveranstaltungen" .....	307
• Motion 20100343, Olivier Ammann, PRR, "Änderung des Artikels 36 des Reglements über städtische Abstimmungen und Wahlen" .....	310
• Motion 20100342, Béatrice Sermet-Nicolet, Fraktion SP, "Für die konzertierte und verantwortliche Umsetzung der Finanzstrategie" .....	317
• Postulat 20110086, Claire Magnin, Fraktion Grüne Biel, "Gender Budgeting" .....	319
• Interpellation 20100345, Nathan Güntensperger, GLP, "Was passiert mit dem Pontonier Fahrverein?" .....	324
• Postulat 20100398, Charlotte Garbani, PSR, "Bieler Windräder in Court: nur Bluff oder ernstes Projekt?" .....	325
• Überparteiliche Motion 20100305, Marc Arnold, SP, Pascal Fischer, DE, Nathan Güntensperger, GLP, "Strandbad Biel: Erhaltung und Ausbau des Strandbades zum vollwertigen Familien- und Schulbad" .....	329
98. Neueingänge.....	337

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Ich informiere den Stadtrat darüber, dass die Audioanlage nicht funktioniert. Die Voten können zwar aufgenommen werden, die Lautsprecher funktionieren aber nicht. Ich bitte daher alle RednerInnen, laut zu sprechen und die im Saal Anwesenden um Ruhe.

Es zirkuliert ein Korb mit Buttons für das Möslifest, welche Herr Rüfenacht verkaufen möchte. Es wäre schön, wenn pro Stück CHF 5.00 bezahlt würde. Pause werden wir um etwa 19.30 Uhr machen. An der Wand hängen Pläne zum Geschäft 20110150, Madretschstrasse Kanalisationserneuerung.

Herr Grünenwald wird aus gesundheitlichen Gründen nur bis zur Pause anwesend sein. Ich möchte bereits jetzt einen Ersatzstimmzähler wählen lassen.

**Kaufmann Stefan, Fraktion Forum:** Die Fraktion Forum schlägt als Ersatzstimmzähler Herrn Daniel Suter vor.

### **Abstimmung**

Auf Vorschlag der Fraktion Forum wird

**Herr Daniel Suter als Ersatzstimmzähler gewählt.**

### **93. Genehmigung der Traktandenliste**

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Da Herr Eschmann nicht anwesend ist, wird Traktandum 5.8, Motion 20100341, Planung und Erhalt eines Eventplatzes auf dem Gemeindegebiet Biel/Bienne auf die nächste Sitzung verschoben.

**Die Traktandenliste wird mit dieser Änderung stillschweigend genehmigt.**

### **94. Mitteilungen Stadtratsbüro**

**Klemmer Regula, Ratssekretärin:** Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 31. Mai 2011 die folgenden Abrechnungen von Verpflichtungskrediten der Baudirektion in eigener Kompetenz und einstimmig genehmigt:

- 20070305 Sanierung und Umnutzung Neuengasse 10
- 19980200 Madretschried / Perimeter 1 und 3 / Basiserschliessung mit Strassen- und Entwässerungsanlagen

## 95. 20090324 Volkshaus Biel, Teilsanierung sowie Ersatz Heizung / Verpflichtungskredit

**Rüfenacht Martin, GPK:** Das Volkshaus hat eine lange und bewegte Geschichte hinter sich. 1929 - 1932 wurde es nach den Plänen des Architekten Eduard Lanz erbaut. Es steht an städtebaulich exponierter Lage. Neben dem Kongresshaus und dem Ring ist es auf unzähligen Postkarten abgebildet und gehört zu Biel. Die Postkarten vermögen aber nur zu einem kleinen Teil die grosse Bedeutung dieses Gebäudes für Biel wiederzugeben. Das Ensemble von Hochhaus, grossem Saal und Restaurant Rotonde ist Ausdruck einer markanten und klaren architektonischen Sprache, die den damaligen Zeitgeist zum Ausdruck bringt. Es ist der Zeitgeist des roten Biels, der Arbeiter und ganz besonders der Arbeiterbewegung. Im grossen Saal des Volkshauses fanden unzählige kulturelle und sportliche Anlässe mit grossen und kleinen, künftigen und gestandenen Stars und Sternchen statt. Alle aufzuzählen, wäre abendfüllend. Das Gegenstück des Hotels auf bürgerlicher Seite ist das Hotel Elite. Der Hotelbetrieb des Volkshauses machte 1975 Konkurs. 1989 erfolgte eine Gesamtanierung des Gebäudes und der Einzug des damaligen Konservatoriums für Musik, der heutigen Musikschule. Der damalige Entscheid, die Musikschule im Volkshaus unterzubringen, war klug. Die Musikschule ist um das Dreifache gewachsen und zählt heute ungefähr 1'500 SchülerInnen. Erstmals seit 1989 soll nun endlich wieder einmal ein Teilbereich für CHF 4,25 Mio. saniert werden.

Die GPK stellte sich verschiedene Fragen: Kann sich die Stadt diese Investition leisten und was wird eigentlich saniert? Die Teilsanierung umfasst die Bereiche Restaurantküche, Kühlräume, Toilettenanlagen, Restaurant, grosser Saal, Personen- und Anlieferungslift sowie die Heizung. Damit handelt es sich nicht um eine reine Teilsanierung, denn Vieles muss nun gemacht werden, weil der notwendige Unterhalt verpasst oder aufgeschoben wurde. Das ist kein besonders gutes Zeugnis für die Stadt als Besitzerin dieses markanten Gebäudes. Ein Gebäude wie das Volkshaus nach über 30 Jahren zu sanieren, kostet enorm viel Geld. Die Finanzierung ist nur vertretbar, weil nur das Nötigste saniert wird. Insbesondere wurde auf die Zimmerrenovierung verzichtet. Dabei wartet die Musikschule schon lange darauf, dass die Räume vergrössert und schallisoliert werden. Die vorhandenen Zimmer sind sehr klein, der Trompeten- und Posaunenunterricht ist dementsprechend schwierig. Auf diese baulichen Massnahmen wird nun aber verzichtet. Das Haus verfügt übrigens auch nicht auf allen Etagen über Toiletten. Solche befinden sich nur im dritten und siebten Stock, das ist alles. Sollten neben der Musikschule neue Mieter einziehen, müsste sicherlich nochmals viel Geld aufgewendet werden, um die Räumlichkeiten den neuen Mietverhältnissen anzupassen. Dies drängt sich aber vorderhand nicht auf. Die geplante Teilsanierung ist also quasi eine Sofortmassnahme und gibt der Stadt für weitere ungefähr acht Jahre Ruhe. Dieses Vorgehen wurde gewählt, weil auch Schulhäuser auf eine Sanierung warten. Das Stichwort lautet: das Machbare und Werterhaltende sofort umsetzen, weitergehende Bedürfnisse erst dann angehen, wenn sie wirklich anstehen und auf das Wünschenswerte verzichten. Trotzdem kostet die vorliegende Teilsanierung CHF 4,52 Mio. und liegt damit knapp unter der Grenze für die Volksabstimmung (CHF 5 Mio.). Ob es sich dabei um Absicht handelt, lässt die GPK offen... Die GPK möchte jedoch bemerken, dass nur 5% Reserven veranschlagt sind. Normalerweise werden 10% Reserven vorgesehen, ein Wert der auf Erfahrungswerten und Regeln beruht. Die GPK möchte wissen, weshalb hier daher nur 5% Reserven vorgesehen

werden. Soll die Reserve künftig bei allen solchen Vorhaben nur noch 5% betragen? Handelt es sich um eine willkürliche Annahme oder ist es Ausdruck des Sparwillens?

Die Entnahme von CHF 70'000.- aus der Spezialfinanzierung Energiestadtlabel (SGR 741.9) für die Holzfeuerung ist richtig. Diese Spezialfinanzierung (SF) wurde 2008 mit CHF 4 Mio. geüfnet. Ungefähr CHF 1,5 Mio. wurden bereits ausgegeben oder sind verplant und bis 2016 sollte die SF noch rund CHF 716'000.- enthalten. Es ist also noch Geld für andere Massnahmen im Energiesektor vorhanden. Die GPK beurteilt die vorgesehene Sanierung als sinnvoll und notwendig. Da das Heizen mittels Erdsonden nicht möglich ist, scheint die Pelletlösung ökologisch sinnvoll. Es ist allerdings zu hoffen, dass die Pellets nicht aus dem Ausland kommen. Dies wird der Baudirektor wohl bestätigen können. Die vorgeschlagene Teilsanierung ist also finanzierbar, gleichzeitig aber auch Ausdruck der finanziell schwierigen Lage der Stadt. Die Sanierung beschränkt sich damit auf das Machbare und schliesst das Wünschenswerte aus. Deshalb unterstützt die GPK dieses Geschäft.

**Habegger Hanspeter, Fraktion BVP plus:** Die Fraktion BVP plus stimmt diesem Verpflichtungskredit zu. Die Sanierungen sind nützlich und notwendig. Es handelt sich um einen Riesenbetrag, da lange nichts saniert wurde. Das ist jetzt einfach so und die Sanierung muss gemacht werden. Eine Bemerkung habe ich aber trotzdem: Die Küche im Volkshaus ist 20-jährig. Man sagt, eine Gastroküche sei nach 20 Jahren abgeschrieben. Das Restaurant Schützenhaus war nun eineinhalb Jahre geschlossen und die Küche ist älter als 20-jährig. Trotzdem ging nichts. Werden Gebäude der CTS und der Stadtverwaltung ungleich behandelt? Schlussendlich gehören doch beide der Stadt...

Auch beim grossen Saal im Volkshaus ist Verschiedenes zu erneuern. Meines Wissens erfolgt jedoch keine Kontrolle bei der Saalabgabe, wodurch die MieterInnen für Schäden nicht gerade stehen müssen. Der Heizungersatz aus einer Kombination von Pellets und Gas ist sicher eine gute Sache. Ständen aber auch Holzsnitzel zur Diskussion? Diese wären sicher aus der Schweiz gekommen und sie hätten einzig einen etwas grösseren Bunker gebraucht. Die Fraktion BVP plus stimmt diesem Geschäft zu.

**Köhli Hans-Ulrich, Fraktion GLP:** Die Fraktion GLP findet diese Teilsanierungen ebenfalls dringend notwendig und wünschte sich, dass sie rasch umgesetzt werden. Trotzdem findet sie, dass der budgetierte Betrag sehr hoch ist. Die Fraktion zweifelt daran, dass das Geld gut angelegt wird. Gewisse Einsparungen wären vielleicht noch möglich. Für CHF 2 Mio. könnte beispielsweise eine ganze Eventhalle gebaut werden... Erfreulich sind hingegen die Einsparungen bei den Betriebskosten von jährlich 25%, welche vor allem der neuen Heizung zu verdanken sind. Die Fraktion GLP möchte allerdings noch wissen, wie hoch die Folgekosten ausfallen. Später müssen auch noch die Fassade und Fenster saniert werden, aber auch bei den Zimmern besteht ein Sanierungsbedarf. Sicher werden auch in den nächsten Jahren grössere Ausgaben auf die Stadt zukommen. Die Fraktion GLP fragt sich, inwieweit auch Veranstalter für den Umbau im Saalbereich einbezogen wurden. Es ist sehr wichtig, dass Veranstalter und Akustiker mitdenken und -bestimmen können, welche Events in diesem Saal möglich sein sollen. Auch beim Restaurant stellt sich die Frage, ob die Restaurantbetreiberin, die Stadthaus AG, miteinbezogen wurde. Was bei der Fraktion GLP Zweifel verursachte, war das Fehlen von Plänen. Es wurde

schon mehrfach festgestellt, dass der Stadtrat sich die Projekte visuell vorstellen können muss. Insofern wäre eine Übersicht mittels Plänen sicher hilfreich gewesen. Wäre es nicht möglich gewesen, diesem Geschäft ebenfalls Pläne beizulegen?

**Bösch Andreas, Fraktion Grüne Biel:** CHF 4,25 Mio. sind ein stolzer Betrag. Wie der GPK-Sprecher bereits sagte, wird beim Blick in die Unterlagen klar, dass nur das Nötigste saniert wird. Für die Fraktion Grüne Biel ist es klar, dass diese Teilsanierung jetzt gemacht werden muss. Sie will nicht, dass das Volkshaus - ein Wahrzeichen im Zentrum der Stadt - weiter zerfällt und der heute schon ziemlich desolate Zustand in einen untragbaren abrutscht. Die Fraktion Grüne Biel hat daher folgende Bemerkungen und Fragen:

Wie den Unterlagen entnommen werden kann, werden der Spezialfinanzierung Energiestadtlabel (Reglement über die Spezialfinanzierung des Massnahmenprogramms zur Umsetzung des Energiestadtlabels SGR 741.9) CHF 70'000.- entnommen. Dies, um die Differenz zwischen einer Holz-Pellets-/Gasheizung und einer reinen Gasheizung auszugleichen. Diese ökologische Massnahme wird von der Fraktion Grüne Biel natürlich begrüsst. Es stellt sich jedoch die Frage, ob Ökologie ein Luxus ist, welchen sich Biel nur mit Hilfe einer Spezialfinanzierung leisten kann. Heisst das, dass Ökologie keinen Platz mehr hat, sobald die Spezialfinanzierung Energiestadtlabel leer ist? Im Gegenzug können jährlich CHF 22'000.- an Energiekosten gespart werden. Die Energiekosten einer Holz-Pellets-/Gasheizung sind aber auch tiefer als diejenigen einer reinen Gasheizung. Diese Einsparungen sollten damit logischerweise wieder in die Spezialfinanzierung Energiestadtlabel zurückfliessen. Wie steht der Gemeinderat zu diesen Überlegungen?

Eine weitere Frage bezieht sich auf den letzten Satz im Abschnitt 2 des Berichts: Dieser besagt, dass die Mehrheit der geplanten Eingriffe eine Wiederherstellung der Gebrauchstauglichkeit der Anlage und als normalen (aufgeschobenen) Unterhalt anzusehen sei. Daher könne nicht mit einer Erhöhung der Mietzinseinnahmen gerechnet werden. Welche Eingriffe dienen nicht der Erhaltung der Gebrauchstauglichkeit? Welche Mieter profitieren hier von einer Art Sponsoring? Das Mietobjekt erhält einen Mehrwert, ohne dass die Miete steigt. Insbesondere bei den Gastroinstallationen, also der Küche und den Kühlräumen, geht die Fraktion Grüne Biel davon aus, dass ein deutlicher Mehrwert entsteht. Sie kann sich nur schwer vorstellen, dass die veralteten Anlagen bei der Aushandlung des Mietpreises mit der CTS keine Rolle spielten. Trotzdem sollen die Mietkosten nach der Sanierung nicht steigen. Es entsteht damit der Eindruck, dass die Stadt mit ihrer eigenen Akteingesellschaft CTS etwas nachsichtig ist und grosszügige Mietkonditionen akzeptiert, welche die CTS privaten Unternehmungen weitergeben kann. Auf diese Fragen erwartet die Fraktion Grüne Biel Antworten des Gemeinderats. Dem Geschäft als Ganzes stimmt sie aber zu.

**Brassel Urs, Fraktion Forum:** Dieses Geschäft wurde in der Fraktion Forum intensiv diskutiert und Frau Dill und Herr Saager lieferten gute Erklärungen. Auch die Fraktion Forum fragte sich, ob die Investition von CHF 4,25 Mio. wirklich nötig sei. Dass dieser Betrag so hoch ausfällt, hängt damit zusammen, dass jahrelang nichts saniert wurde. Das Gebäude steht an prominenter Stelle und es ist auf vielen Fotos und Postkarten der Stadt abgebildet, ist somit eine Visitenkarte der Stadt. Es ist deshalb klar, dass

dieses Gebäude in gutem Zustand sein muss. Die geplanten Investitionen scheinen uns richtig, weshalb die Fraktion Forum dieses Geschäft unterstützt. Es wurde uns übrigens versichert, dass die Holzpellets für die Heizung aus dem Kanton Aargau kommen. Der aargauische Betrieb garantiert ausserdem, dass er ausschliesslich Schweizer Holz verwendet. Dass die Betriebskosten gesenkt werden können, beurteilt die Fraktion Forum ebenfalls als positiv. Gemäss unseren Informationen wurde die Stadthaus AG ferner in die Planung des Küchenbereichs miteinbezogen.

**Stöckli Schwarzen Heidi, Fraktion SP:** In der Vorlage steht, das Bieler Volkshaus symbolisiere mit seiner Architektursprache und den verwendeten Materialien den Zeitgeist des roten Biels und es sei Vorreiter einer neuen Architektur. Deshalb muss auch die Fraktion SP noch ein paar Worte zu diesem Geschäft verlieren: Meine VorrednerInnen sagten bereits sehr viel Wesentliches und ich versuche, mich auf die aus Sicht der Fraktion SP wichtigsten Punkte zu konzentrieren. Auch meine Fraktion ist der Meinung, dass diese Teilsanierung zwar teuer ist, die Stadt sich diese aber aufgrund des Stellenwerts und des Standorts des Gebäudes leisten muss. Nach 20 Jahren aufgeschobenem Unterhalt sind die Arbeiten unumgänglich und werden im Falle eines Zuwartens nur noch teurer. Die Fraktion SP kann die Sanierungsmassnahmen nachvollziehen. Was die Einfrierung des Mietzinses anbelangt, ist sie weniger kritisch als die Grünen. Diese Massnahme ist nachvollziehbar, da die Situation im Gastgewerbe sehr schwierig ist und das Restaurant Rotonde weiter existieren können soll, respektive das Gebäude nicht leer stehen soll. Die Bauplanung ist mit den Nutzenden abgesprochen. Deshalb wird die Renovation erst im nächsten Sommer durchgeführt. Die Fraktion SP ist froh, wenn es der Stadt gelingt, von der Denkmalpflege Subventionen zu erhalten und es für die Heizung Förderbeiträge gibt. Der einzige Punkt, welcher uns wie auch der GPK nicht gefiel, ist die Herabsetzung der Reserven um CHF 180'000.-. Das Projekt kostet CHF 4,25 Mio.. Die Fraktion SP geht davon aus, dass es sich bei der Kostenreduktion von CHF 180'000.- um einen symbolischen Sparakt des Gemeinderats handelt. Er wollte gegenüber Volk und Verwaltung ein Zeichen setzen. Für uns kommt dies einer Hauruck-Übung gleich, die uns missfällt. Bauprojekte sind in der Regel seriös aufgegleist und die Kosten werden anhand der entsprechenden Planungsinstrumente ziemlich genau ermittelt. Kostenvoranschläge haben immer eine Genauigkeit von +/- 10%. Alle Sanierungsprojekte wiesen deshalb eine Reserve in der Höhe von 10% aus. Das Gleiche gilt auch für andere Städte und den Kanton. Im Bericht wird die Reduktion nicht begründet, womit der Verdacht entsteht, dass der Entscheid willkürlich getroffen wurde. Diese Art des Sparens gefällt der Fraktion SP nicht, denn sie ist nicht zielführend. Die Fraktion SP unterstützt eine kostenbewusste Handhabung der Ausgaben und ist für eine kritische Überprüfung der Projekte. Wenn der Gemeinderat aber die Reserven bei Bauprojekten senken will, soll dies für alle Projekte gelten und der Entscheid soll transparent gemacht werden. Will der Gemeinderat aber den bisherigen Projektstandard senken, hat er zu berücksichtigen, dass Biel sich für eine nachhaltige Entwicklung entschieden hat. Die vorliegende Herabsetzung der Reserven könnte diesen Grundsatz gefährden, zumal es sich um ein Gebäude der öffentlichen Hand handelt, welches zudem intensiv genutzt wird.

**Arnold Marc, SP:** In dieser Vorlage wird auf die historische Bedeutung des Volkshauses für Biel hingewiesen. Nach dem Konkurs des Hotels wurde das Volkshaus für CHF 7 Mio. saniert. Im Bericht wird ferner darauf hingewiesen, dass sämtliche Eingriffe baulicher Art mit der Denkmalpflege koordiniert werden müssen.

Um welche Gebäudeteile und Details es sich dabei genau handelt, wird jedoch nicht weiter ausgeführt. 1978 setzte die damalige Baudirektion eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Erhaltung und Pflege des Kulturguts Volkshaus ein. Diese Arbeitsgruppe bestand aus Vertretern der städtischen Baudirektion, den Herren K. Affolter und A. Wyss, dem städtischen Hochbauamt, Herrn F. Leuenberger, dem Stadtplanungsamt, Herrn W. Hüsler, Frau Dr. I. Ehrensberger, dem SIA (Verband für Ingenieure und Architekten, Herausgeber von Normen der Baubranche), Herrn Kanalari, dem BSA (Bund Schweizer Architekten), Herrn G.P. Gaudy, dem Berner Heimatschutz, Herrn A. Doebeli, sowie den Jungen Bieler Architekten H. Flückiger und K. Mäder. Die Erkenntnisse dieser Arbeitsgruppe und die Details des unter Schutz zu stellenden Gebäudes wurden vom damaligen Gemeinderat unisono abgesegnet und für alle verbindlich erklärt. Diese Weisungen gelten auch heute noch. Ich bitte den Baudirektor, dem nachzugehen und zu garantieren, dass die damaligen Weisungen des Gemeinderats berücksichtigt und eingehalten werden.

Im Bericht werden Subventionen der kantonalen Denkmalpflege erwähnt. In Biel existierte ein sogenannter Altstadtfonds. Mit der Institutionalisierung der Denkmalpflege wurde dieser Fonds zum Schutz der städtebaulichen Substanz auf die ganze Stadt ausgedehnt. Ich nehme daher an, dass dieser Fonds auch für die Renovation des Volkshauses verwendet werden kann.

Heute ist es ja modern, eine Holzheizung einzubauen. Im Bericht wird auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoss eingegangen. Ich möchte vom Gemeinderat wissen, wie es mit der Feinstaubbelastung aussieht. Bei Holzfeuerungen wurden Messungen durchgeführt, Holz als solches vergast ja. Bei Pelletsheizungen hingegen erfolgt die Verbrennung unter Hochdruck, damit das Holz richtig verbrennt und nicht vergast. Aber: Je älter die Heizung, desto undichter der Kessel und dadurch vermindert sich der Hochdruckeffekt. Eine Holzheizung überschreitet aber normalerweise den Grenzwert für Feinstaub um ein Vielfaches. Deshalb möchte ich wissen, wie hoch die Feinstaubbelastung durch die geplante Heizung ist.

**Wiher Max, GLP:** Ich beziehe mich ausschliesslich auf den grossen Saal im Volkshaus: Mehrere Millionen allein für dessen Sanierung befürworte ich angesichts der Betragshöhe nur, wenn auch das Ergebnis stimmt. In den Sand setzen möchte ich diese Summe aber nicht. In der Wirtschaft gilt das Gesetz "Der Kunde ist König". Soweit möchte ich mit meiner Anregung nicht gehen. Aber ich fordere den Gemeinderat auf, die Kunden und Veranstalter in die Planung miteinzubeziehen, damit der Saal nach dessen Sanierung wenigstens einigermaßen den Ansprüchen entspricht. Einige Wünsche können sicher erfüllt werden, andere nicht. Durch den Einbezug des erwähnten Personenkreises könnten aber zumindest gröbere Fehler vermieden und den Veranstaltern das Gefühl vermittelt werden, dass sie ernst genommen werden. Dies würde wiederum der Kundenbindung dienen. In den letzten Jahren wurde der Saal wenig gebucht, weil er den Ansprüchen der Veranstaltern nicht entsprach und dafür eine zu hohe Miete verlangt wurde. Verbessert sich die Auslastung nach der Sanierung nicht deutlich, wäre eine grosse Chance verspielt worden, die Stadt hätte es viel Geld gekostet und der Kultur hätte es nichts genützt. Deshalb bin ich nur für diesen Sanierungskredit, wenn auch die häufigsten Saalnutzer in die Planung miteinbezogen oder zumindest angehört werden. Wurde dies bereits getan oder hat der Gemeinderat noch im Sinn, dies zu tun?



**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Als Vorbemerkung möchte ich zuhänden zukünftiger Leserbriefschreibenden anmerken, dass der Ausfall der Lautsprecher im Stadtratssaal kein Fehler der Baudirektion ist. Diese ist zwar für fast alles zuständig, dafür aber nicht...

Ich danke dem Stadtrat für die Zustimmung zum vorliegenden Geschäft. Die kritischen Fragen wurden gestellt. Mit diesem Geschäft wird ein vernünftiges Paket geschnürt. Es ist klar, dass es um einen hohen Betrag geht. Damit kann aber der Betrieb im Volkshaus für die nächsten acht Jahre sichergestellt werden, ohne dass irgendwelche Luxusarbeiten ausgeführt werden. Die vorgeschlagene Sanierung ist heute einfach notwendig. Die Sanierung des Hochhauses liegt dabei noch in weiter Ferne. Natürlich kann gesagt werden, der hohe Betrag sei das Resultat aus dem aufgeschobenen Unterhalt. Das stimmt aber nur teilweise: Ein Grossteil der notwendig gewordenen Arbeiten ist der normalen Abnutzung zuzuschreiben. Im Küchenbereich müssen neue Investitionen getätigt werden, weil die gesetzlichen Anforderungen ansonsten teilweise nicht mehr erfüllt sind. Diese Investitionen sind sehr kostspielig. Von einem eigentlichen Mehrwert kann aber trotzdem nicht gesprochen werden. Zu den Mietzinsen wird der Finanzdirektor noch Stellung nehmen.

Potenzielle Veranstalter und die Stadthaus AG wurden sehr wohl in die Projektplanung einbezogen. Die Projektleiterin, Frau Dill, nahm mehrmals mit der Stadthaus AG sowie mit den Veranstaltern Kontakt auf. Es wurde nicht einfach ins Blaue hinaus geplant. Deshalb finde ich auch, dass es eine gute Vorlage ist. Das Gebäude steht an prominenter Stelle und die Investition wird sich lohnen. Herr Köhli fragte, ob die Sanierung nicht billiger machbar wäre. Die Verwaltung holte Kostenschätzungen ein und daher kann ich sagen, dass die vorliegenden Berechnungen reell sind. Es wurden diverse kritische Fragen zur Herabsetzung der Reserven gestellt. Der Gemeinderat ist besorgt über das Investitionsvolumen, welches in Biel in nächster Zeit aufgebracht werden muss. Deshalb wollte er ein Zeichen setzen und machte bei den Reserven Einsparungen. Diese Praxis wird generell überdacht werden müssen. Die herabgesetzten Reserven sollten aber für dieses Geschäft kein Problem darstellen. Bei einem Umbau stellt sich immer die Frage, was drin liegt und was nicht und das eine oder andere Vorhaben wird dann fallen gelassen. Die Reduktion des Reservebetrages war aber tatsächlich ein Zeichen des Gemeinderats, dass es auch mit weniger Geld geht. Es handelt sich aber nicht um einen Willkürakt. Der Gemeinderat wird auch bei künftigen Bauten die Höhe der Reserven kritisch hinterfragen.

Diverse Fragen wurden zur Holz-Pellets-/Gasheizung gestellt: Die Baudirektion prüfte auch Lösungen mit Grundwasserpumpen oder Wärmesonden. Diese waren aber allesamt nicht realisierbar, da sie nicht zugelassen worden wären. Eine Holz-Pellets-/Gasheizung erschien uns daher als vernünftigste Alternative. Die Abteilung Hochbau wird dafür besorgt sein, dass die CTS die notwendigen Pellets bei der von Herrn Brassel erwähnten Firma im Aargau bezieht, welche garantiert, dass das Holz aus der Schweiz kommt. Herr Bösch stellte zudem die Frage, weshalb auf die Spezialfinanzierung Energiestadtlabel zurückgegriffen wird. Dies war ein politischer Entscheid und der Gemeinderat hält ihn für richtig. Es ist eine Art Anschubfinanzierung, um solche Bauten energiefreundlich zu gestalten. Die Spezialfinanzierung ist zudem noch nicht ausgeschöpft und es können sicher noch

weitere Projekte daraus finanziert werden. Herrn Arnold danke ich für den historischen Abriss, den ich nicht kannte. Wie mir soeben per SMS mitgeteilt wird, wurde der von Herrn Arnold erwähnte Fonds vor 12 Jahren aufgelöst. Ich bitte den Stadtrat abschliessend, diesem hohen Betrag zu genehmigen, denn das Volkshaus ist eine Visitenkarte der Stadt.

**Fehr Erich, Finanzdirektor:** Zuerst möchte ich Herrn Habegger auf seinen Vorwurf die Küchen von Volkshaus und Schützenhaus würden ungleich beurteilt antworten: Das Schützenhaus wird von der städtischen Liegenschaftsverwaltung betreut und ist damit der Finanzdirektion unterstellt. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass dort längerfristig mehr getan werden muss und dass das Schützenhaus für Bözingen ein wichtiges Objekt ist. Kurzfristig konnte aber nur der Betrieb sichergestellt werden. Sobald mehr Geld zur Verfügung steht, das eine grössere Investition erlaubt, ist der Gemeinderat gerne bereit, das Ganze nochmals zu überprüfen. Das Volkshaus hingegen steht an zentraler Stelle und verfügt über ein grosses Restaurant und einen Saal, in welchem auch Bankette stattfinden. Damit sind auch die Anforderungen andere. Aus diesem Grund konnten auch nicht dieselben Massnahmen für beide Standorte getroffen werden.

Zur Frage von Herrn Bösch betreffend Spezialfinanzierung Energiestadtlabel möchte ich einen finanztechnischen Hinweis anbringen: Würde der Vorschlag von Herrn Bösch, nämlich dass Einsparungen im Betrieb der SF Energiestadtlabel zugeführt werden, angenommen, ergäbe diese keine Einsparungen. Der Aufwand würde genau der gleiche bleiben, ein Teil ginge an den Brennstofflieferanten, der andere würde der Spezialfinanzierung gutgeschrieben. Die Idee, so den Aufwand für Stadt oder CTS zu reduzieren, ist somit nicht realisierbar. Zudem sollten dann jeweils eher grosse Beträge in Spezialfinanzierungen eingelegt werden, wenn ein Bedarf besteht. Der Verwendungszweck von Mitteln aus einer Spezialfinanzierung ist reglementarisch festgelegt, nicht aber eine Rückführung derselben.

Die Fragen zur Miete kann ich wie folgt beantworten: An den zu sanierenden Gebäudebereichen des Volkshauses wurde seit 20 Jahren nichts gemacht. Grösstenteils handelt es sich damit um aufgestauten Unterhalt. Ein paar wenige Elemente weisen danach zwar auch einen gewissen Mehrwert auf, wie beispielsweise der Lift, mit welchem man neu bis in die Küche im UG gelangt. Es ist aber auch eine Tatsache, dass sich die Situation im Gastrobereich in den letzten 20 Jahren verschlechtert hat. Insbesondere am Guisanplatz hat die Konkurrenz massiv zugenommen. Es ist deshalb aufgrund der Situation auf dem Markt nicht möglich, eine höhere Pacht zu verlangen. Der Mitbericht der CTS, welcher auch der GPK vorgelegt wurde, besagt, dass ein normaler Gastro-Pachtzins rund 5,5 - 6,5% des Umsatzes beträgt. Angesichts des Umsatzes des Restaurants Rotonde beträgt dieser Betrag zwischen CHF 110'000.- und 160'000.-. Mit CHF 160'000.- entspricht der vereinbarte Pachtzins ziemlich genau diesem Wert, ja die Stadt bewegt sich sogar an der oberen Grenze desselben. Andere kleinere Mehrwerte werden sich vielleicht auch bei Nutzungen anderer Mieter ergeben. Eine direkte Kostenüberwälzung auf die Veranstalter ist aber nicht möglich. Zudem ist der Mietzins, welcher die CTS der Stadt bezahlt, subventioniert. Es fliesst Geld aus der Stadtrechnung an die CTS, damit sie die Miete begleichen kann. Diese Vorgehensweise geht auf die Zeiten des Casinos zurück. Bei der letzten Revision des Leistungs- und Pachtvertrags wurde der Betrag allerdings an die heutigen Begebenheiten angepasst. Handelte es sich früher um

CHF 4 Mio., sind es heute noch CHF 1,75 Mio. für alle Objekte der CTS. Der geringfügige Mehrwert, welcher das Volkshaus nach der Sanierung haben wird, spielt bei diesem Betrag daher keine grosse Rolle. Deshalb ist der Gemeinderat der Ansicht, dass korrekterweise aufgrund der baulichen Massnahmen keine Anpassung des Mietzinses erfolgt. Die Frage stellt sich zwar, sie wurde aber abgeklärt und im Mitbericht der CTS erörtert.

Noch eine ergänzende Bemerkung zur Handhabung der Reserven: Die Situation bei den Investitionen gestaltet sich aus Sicht der Finanzdirektion als ausserordentlich schwierig. Der Bedarf an Investitionen liegt massiv über den finanziellen Möglichkeiten der Stadt. Im Zusammenhang mit der Rechnung wird der Stadtrat erste Informationen dazu erhalten und die Problematik im Rahmen der Budgetdiskussion im Oktober ausführlich erörtern können. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie diese Investitionen überhaupt finanziert werden können. Einnahmeseitig können die Steuern erhöht werden, es kann aber auch Geld gestohlen oder um Euro Millions gespielt werden. Alle drei Varianten sind entweder illegal, politisch nicht erwünscht oder hätten geringe Erfolgchancen. Daneben kann auch die Anzahl der Projekte mit Investitionsbedarf verkleinert werden, oder es können die Investitionsstandards herabgesetzt werden, also mit gleich viel Geld mehr Objekte auf tieferem Niveau sanieren. Ich gebe Frau Stöckli aber recht, dass solche Regeln nach Möglichkeit bereits im Voraus definiert sein müssten und dass punktuelle Massnahmen auf einzelnen Objekten wenig Sinn machen. Es ist ebenfalls wichtig, dass alle spüren, dass sich der Gemeinderat dieser Problematik bewusst ist. Die eher angespannte Finanzlage der Stadt ist für den Gemeinderat nach einigen guten Jahren neu und er muss schauen, inwieweit sich die Stadt nach der Decke strecken kann und über welche Spielräume sie verfügt. Es geht also um einen Reifungsprozess und der Gemeinderat wird sich weiter Gedanken dazu machen, wie aus den vorhandenen Mitteln ein Maximum herausgeholt werden kann. Dies ist aber keinesfalls als Misstrauensvotum gegenüber den bisher handelnden Personen verstanden werden. Es ist einfach eine Tatsache, welcher sich der Gemeinderat stellt und nach bestem Wissen und Gewissen nach Lösungen sucht und dabei auch immer wieder dazu lernt und sich weiterentwickelt.

**Isler Peter, SP:** Ich möchte einige allgemeine Bemerkungen machen, die mit diesem Geschäft nur indirekt zusammenhängen: Immer wieder wird der Stadtrat mit Kosten konfrontiert und fast jedes Mal wird die Frage gestellt: "Muss das so teuer sein?". Die Antwort lautet immer ja. Dem Stadtrat wird nie ein Geschäft vorgelegt werden, das eine billigere Variante aufzeigt. Ich kann mir daher insbesondere bei Bauprojekten vorstellen, dass dem Stadtrat künftig mehrere Varianten vorgeschlagen würden. Vermutlich kann das Volkshaus nicht für CHF 3 Mio. saniert werden, sondern es braucht hierfür CHF 4,25 Mio.. Wie würde es aber aussehen, wenn der Stadtrat nur CHF 3 Mio. ausgeben will? Ich möchte den Gemeinderat bitten, diesen Vorschlag zu überdenken. Bei gewissen Geschäften wäre dieses Vorgehen möglicherweise praktikabel. Wenn ich ein Haus baue, habe ich auch die Möglichkeit, mehr oder weniger zu verlangen, beispielsweise mehr oder weniger Komfort, mehr oder weniger Ausstattung. Danach entscheide ich aufgrund der Vorgaben. In Zeiten beschränkter Mittel sollte dies bedacht werden.

**Wiher Max, GLP:** Ich möchte nochmals auf die Saalnutzenden zurückkommen: Im Gastrobereich wurde namentlich die CTS genannt. Ich könnte diesem Geschäft

beruhigter zustimmen, wenn ich auch von Veranstalterseite wüsste, wer namentlich angefragt wurde. Dem Gemeinderat möchte ich ein Kompliment dafür aussprechen, dass er überhaupt daran dachte, die beteiligten Nutzenden miteinzubeziehen.

**Arnold Marc, SP:** Ich danke Herrn Klopfenstein für seine Abklärungen zum Altstadtfonds. Dazu habe ich nun noch eine Nachfrage: Dazumal beschloss der Stadtrat die Ausdehnung des Schutzbereiches auf die ganze Stadt. Könnten Sie auch noch in Erfahrung bringen, wer den Altstadtfonds abschaffte? Sollte es der Stadtrat gewesen sein, kann ich mich nicht mehr daran erinnern.

Dann noch etwas zur Frage betreffend CO<sub>2</sub>-Ausstoss und Feinstaub: Kaufe ich ein Auto, muss ich zwischen Benzin- und Dieselmotor entscheiden. Ich entscheide mich also, ob ich die Ozonschicht schädigen und damit Hautkrebs auslösen und die Klimaerwärmung oder ob ich lieber Lungenkrankheiten fördern will, brutal ausgedrückt. Damit habe ich die Qual der Wahl. Deshalb ist es mir ein Anliegen, dass künftig bei der Wahl von Heizungen nicht nur der CO<sub>2</sub>-Ausstoss berücksichtigt wird, welcher sicher ein wichtiges Kriterium ist, sondern auch die Feinstaubproblematik.

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Herr Arnold, in wessen Kompetenz der Altstadtfonds aufgehoben wurde, ist mir nicht bekannt. Es ist aber eine Tatsache, dass es ihn nicht mehr gibt. Herr Wiher, die CTS verhandelte mit den Veranstaltern. Herr Senn von der CTS ist dabei sehr aktiv. Namentlich kann ich Ihnen aber die Veranstalter nicht nennen, ich kann Ihnen aber versichern, dass sie kontaktiert wurden. Wäre mir diese Frage früher gestellt worden, könnte ich sie jetzt beantworten... Der Vorschlag von Herrn Isler ist interessant. Der Planungsprozess im Bereich Hochbau ist natürlich kompliziert und der für notwendig befundene Betrag war schon viel höher. Das erste Projekt ist danach mehrfach abgespeckt worden und es wurden günstigere Offerten eingeholt. Es ist nicht so, dass die Baudirektion einfach CHF 4 Mio. verlangt, ohne Alternativen geprüft zu haben. Das dem Stadtrat vorgelegte Geschäft ist das Resultat nach allen Einsparungsmöglichkeiten. Natürlich könnte geprüft werden, was mit CHF 2, 4 oder 6 Mio. möglich wäre. Dies ergäbe einen ganz neuen Planungsprozess. Ob das Projekt dadurch tatsächlich billiger würde, wage ich zu bezweifeln. Der Baudirektor würde damit auch zum Spieler. Ich würde dann beispielsweise eine Variante für CHF 5 und eine für 4,25 Mio. vorschlagen. Das ist durchaus eine überlegenswerte Alternative, die aber auch zu Komplikationen im Planungsprozess führen könnte. Hinter einer Stadtratsvorlage steckt jeweils ein riesiger Apparat und enorm Arbeit.

**Isler Peter, SP:** Ich möchte nur, dass der Gemeinderat darüber nachdenkt.

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:...** Der Gemeinderat denkt fast Tag und Nacht. *Gelächter.*

## **Abstimmung**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 29. April 2011, gestützt auf Art. 39 Abs.1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) mit 50 Ja- zu 0 Neinstimmen bei 0 Enthaltungen vorbehältlich des fakultativen Referendums:

1. Das Projekt Volkshaus Biel, Teilsanierung sowie Ersatz Heizung wird genehmigt und dafür ein Verpflichtungskredit von CHF 4'180'000.00, Konto Nr. 54000.0318 bewilligt.
2. Für die Mehrkosten der geplanten Holz-Pellets-/Gasheizung gegenüber einer Gasheizung gemäss Energieverordnung wird ein pauschaler Verpflichtungskredit Nr. 54000.0394 von CHF 70'000.00 zu Lasten der Spezialfinanzierung Energiestadtlabel (Konto 2281.3010) bewilligt.
3. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
4. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

## **96. 20110150 Madretschstrasse Kanalisationserneuerung**

**Strobel Salome, GPK:** Beim vorliegenden Projekt wird einerseits die Kanalisation unter der Madretschstrasse zwischen Hubel- und Mattenstrasse saniert und deren Kapazität erhöht, andererseits wird die Kanalisation an die Mettstrasse angeschlossen, was zu einer Entlastung des Kanalisationssystems im Bereich Zentralplatz führt. Die GPK ist mit vorliegendem Verpflichtungskredit einverstanden. Sie hat einzig eine Anmerkung betreffend Baustellendichte auf den Hauptachsen. Die GPK stellt fest, dass auf den Bieler Hauptachsen fleissig saniert wird. Dies führt zu Engpässen. Die GPK wünscht sich, dass die Baustellen koordiniert werden, damit der Verkehrsfluss nicht allzu stark behindert wird. Die Situation auf dem Brühlplatz verschärft sich durch das vorliegende Projekt jedoch nicht. Die anstehende SBB-Brückensanierung Blumenrain und die damit zusammenhängende Umleitung des Verkehrs über die Achse Brühlplatz erfährt somit eine Verzögerung und wird wahrscheinlich erst nächstes Jahr erfolgen. Die GPK empfiehlt dem Stadtrat, diesem Kredit zuzustimmen.

**Suter Daniel, au nom du Groupe Forum:** Le Groupe Forum approuve le crédit d'engagement pour le renouvellement de la canalisation à la rue de Madretsch. Il s'agit d'une contribution au développement de la Ville et cet investissement s'inscrit dans une logique, qui est déjà entamée, dans la mesure où c'est la continuation de ce qui a déjà été fait à la route de Mâche. Par contre, le Groupe Forum partage le souci exprimé par la représentante de la Commission de gestion concernant l'organisation de la circulation pendant la durée du chantier. Entre temps, on a pu consulter les plans, où d'une manière tout à fait astucieuse, phase par phase, à fur et à mesure du déplacement du chantier d'ouest en est, la circulation passe ailleurs et c'est clair, que lorsqu'une artère principale n'est plus praticable, on charge forcément le reste du réseau et c'est inévitable. Pourtant, là où on peut influencer les choses, c'est dans la durée des chantiers. Tout le monde a déjà fait de telles expériences dans toute la Ville. Actuellement, il y a un chantier au Faubourg du Jura, qui n'en finit pas et il serait souhaitable, effectivement, que le chantier qui devra être engagé à la rue de Madretsch soit organisé de manière plus efficace. À cet égard, il existe des

instruments contractuels, qui permettent d'inciter l'entrepreneur à faire son travail le plus rapidement possible. D'ailleurs, Monsieur Moser a déposé une intervention parlementaire à ce sujet et le Groupe Forum est très intéressé de voir le résultat. Le Groupe Forum approuve ce crédit d'engagement.

**Köhli Hans-Ulrich, Fraktion GLP:** Dieses Geschäft ist in der Fraktion GLP unbestritten. Sie fragte sich einzig, ob die Kanalisationserneuerung Madretschstrasse wirklich so dringend ist, oder sie nicht sinnvollerweise mit der bevorstehenden Sanierung der SBB-Unterführung verbunden werden könnte. Zudem stellt die Fraktion GLP fest, dass der Beschlussesentwurf in Ziffer 2 festhält: *"Teuerungsbedingte Mehraufwendungen sowie Mehrkosten in Folge der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes gelten als genehmigt."* Im Kapitel 3.2, Investitionskosten heisst es hingegen: *"Im Abwasserwesen wird die Mehrwertsteuer nicht dem Verpflichtungskredit belastet."* Handelt es sich hier um einen Copy-Paste-Fehler oder verstehe ich etwas falsch?

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Ich danke für die gute Aufnahme dieses Geschäfts - ein "saurer Apfel" auch für die Baudirektion... Die Kanalisation muss erneuert werden. Eine prosperierende Stadt muss auch im Untergrund funktionieren. Andere Länder wären froh, sie könnten für ihr Abwassersystem so viel Geld ausgeben. Die Baudirektion verfügt über einen Abwasserplan samt dazugehöriger Strategie. Sie reisst also nicht irgendwo willkürlich Leitungen auf, weil sie nichts anderes zu tun hätte. Der Zeithorizont für die Sanierung der SBB-Unterführung beträgt sechs bis sieben Jahre und so lange kann mit der Kanalisationssanierung dieses Abschnitts nicht zugewartet werden.

Es wurde eine Frage nach dem Baustellenmanagement gestellt. Auch hier hat sich die Baudirektion etwas überlegt. Sie gräbt nicht einfach wahllos Löcher. Ausserdem haben die in Biel ansässigen Bauunternehmen Erfahrung mit dem Baustellenmanagement. Ich möchte einmal erläutern, wie sich Offerten berechnen: die Unternehmen berechnen die möglichen Kosten nach Ausmass, Mengeneinheit oder Meter, aber nicht nach Zeitaufwand. Die Unternehmungen haben somit alles Interesse daran, die Arbeiten auf einer Baustelle möglichst rasch zu beenden, weil es sonst zu Mehrkosten kommt. Die Unternehmen werden also nicht nach Zeitaufwand bezahlt und haben deshalb kein Interesse daran, extra langsam arbeiten. Die Baupläne sind im Saal aufgehängt. Zusammen mit dem Gemeindepolizeiinspektorat, der Verkehrsplanung und den -betrieben wurden viele Überlegungen angestellt. Die Arbeiten sollen nun in sechs Etappen mit dem Ziel erfolgen, dass der Verkehr immer fließen kann. Es ist klar, dass Baustellen für AutolenkerInnen immer mühsam sind, denn sie sind eng und unübersichtlich. Sicher wird es dennoch Leserbriefe geben. In einem Jahr, wenn alles vorbei ist, werden aber alle froh sein, dass die Kanalisation erneuert wurde.

Herr Köhli bemerkte richtig, dass Ziffer 2 des Beschlussesentwurfs einen Textbausteinfehler aufweist. Die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes ist seit zwei Jahren hinfällig. Es sollte nur noch heissen: *"Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt."*

## Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 29.04.2011, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für die Madretschstrasse Kanalisationserneuerung, wird ein Verpflichtungskredit von CHF 1'750'000.00 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

## 97. Überträge vom 19. Mai 2011

### Dringliche Interpellation 20110043, Hans Ulrich Köhli, GLP, "Werbung Kulturveranstaltungen"

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

**Köhli Hans-Ulrich, Fraktion GLP:** Ich danke dem Gemeinderat für seine detaillierte Beantwortung. Er signalisiert, dass er die Werbung für alternative Kultur vereinfachen will. Das ist erfreulich. Für viele Veranstalter von alternativer Kultur ist dieses Anliegen dringend, denn im neuen Polizeireglement wird das wilde Plakatieren strenger geahndet respektive sogar verboten. Deshalb haben die Veranstalter auch vermehrt mit Anzeigen zu rechnen. Es ist schön, dass sich die APG (Allgemein Plakat Gesellschaft AG) bereit erklärt, mehr Kulturnägel respektive Plakatwände zur Verfügung zu stellen. Ich finde es gut, dass der Gemeinderat in dieser Angelegenheit bei der APG nachfragen wird. Auch allfällige Konkurrenten der APG sollten auch eine Chance erhalten und in die Überlegungen miteinbezogen werden. Für kleinere Veranstalter wurden ebenfalls Alternativen gefunden. Um das wilde Plakatieren einzudämmen, braucht es mehr legalen Platz. Es braucht nicht mehr Repression, denn sie nützt nichts. Plakate und Flyer sind nach wie vor wichtige Werbeträger für Veranstaltungen. Für kleine Veranstalter sind die grossen Weltformatplakate schlichtweg zu teuer. Ich finde es sehr gut, dass der Gemeinderat die Kulturnägel künftig durch Kultur-Liffass-Säulen ersetzen will. Ich hoffe auch, dass die Anzahl von 12 auf 36 erhöht werden kann. Eine solche Verdreifachung ist absolut notwendig.

In Neuenburg gibt es Weltformatplakatständer, auf welchen ein halbwildes Plakatieren erlaubt ist. Das Erscheinungsbild ist schön und im Zentrum wird auch kaum mehr wild plakatiert. Für das Plakatieren auf diesen Flächen wird ein Stempel

benötigt. Danach dürfen die Plakate aufgehängt werden und zwar nicht durch die APG, wie bei den Bieler Kulturnägeln. Natürlich braucht es nicht nur im Zentrum, sondern auch in den Quartieren Plakatierungsmöglichkeiten. Da die APG aber Bereitschaft signalisiert hat, diese Plakatständer zur Verfügung zu stellen, kann sicher eine gute Lösung gefunden werden. Es gibt aber auch weitere, städtebaulich verantwortbare Ideen, welche in Biel umgesetzt werden könnten. Ich denke dabei an fliegende Werbung oder andere Konzepte, für welche keine Bewilligung nötig ist, wie Werbung in Restaurants, Plakatierungsmöglichkeiten in den Schulen und so weiter. Diese Möglichkeiten werden durch die AAOC (Assemblée des Associations et Organismes Culturels) bereits recht gut genutzt.

Abschliessend noch folgende Fragen: Es gibt auch private Plakatstellen, welche nichts mit der APG zu tun haben und in den letzten zwei, drei Monaten stark zunehmen. Wurde für diese Plakatstellen eine Baubewilligung erteilt? Wie sieht das diesbezügliche Verfahren aus? Es handelt es sich um eine Art Rahmen an privaten und städtischen Orten. Um was handelt es sich ferner bei den vom Gemeinderat beschriebenen Aufträge und wie weit sind diese umgesetzt?

**Wiher Max, GLP:** Ich möchte die illegale Plakatierung mit meinem Votum nicht rechtfertigen, aber mögliche Gründe dafür aufzeigen. Weil die Leistungsverträge zwischen der Stadt und den kleinen Kulturinstitutionen eine Eigenfinanzierung von zwischen 40 und 50% voraussetzen und die zur Verfügung gestellten Werbemöglichkeiten ungenügend sind, greifen einige Veranstalter zur illegalen Plakatierung. Kulturnägel sind wegen ihrer Form sowohl zum Bekleben als auch zum Betrachten ungeeignet und nicht in genügender Anzahl vorhanden. Die städtische "Agenda", welche jeweils den Zeitungen beiliegt, überzeugt nicht wirklich von ihrer Gestaltung her. Ich habe selber schon Zeitungen gestaltet, ein solches Layout wäre mir aber noch nie in den Sinn gekommen! Hat irgendein Stadtratsmitglied darin schon jemals eine Veranstaltung gefunden? Ich versuchte es noch nie, ich öffne die Beilage und kapituliere. Die städtische Agenda wird also für den Papierkorb produziert und spricht das Zielpublikum nicht an. Andere Städte sind Biel darin meilenweit voraus! Statt Veranstaltern, die ehrenamtlich einen wesentlichen Beitrag zum Bieler Kulturleben leisten Steine in den Weg zu legen, sollte sich die Stadt dringend überlegen, wie sie diese wertvolle und auch unentgeltliche Arbeit unbürokratisch unterstützen könnte. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre es, wie in der Antwort erwähnt, die Kulturnägel durch Kultur-Lifffass-Säulen zu ersetzen und deren Anzahl mindestens zu verdoppeln. Ein weiterer Schritt könnten kulturelle Werbeflächen bei Bushaltestellen sein. Diese würden helfen, die Wartezeiten zu verkürzen und werteten die Haltestellen optisch auf. Nur wenn genügend geeignete Werbemöglichkeiten zur Verfügung stehen, können Veranstalter auf illegale Plakatierung verzichten und die von der Stadt geforderte Eigenfinanzierung auch erreichen.

**Donzé Pablo, Les Verts Bienne:** J'aimerais préciser deux choses. Monsieur Köhli, vous avez bien dit qu'il faut plus de place pour éviter l'affichage sauvage, je préciserais qu'il faut aussi des meilleurs endroits (Place Centrale, Gare) et il faut penser à cela lorsque ces places sont réaménagées. Si on met plus de surface à des endroits où personne ne passe, l'affichage sauvage va continuer. La deuxième précision: Monsieur Wiher, vous dites que vous ne trouvez rien dans "l'Agenda",



parce que vous ne cherchez rien! Moi, je cherche dans "l'Agenda" et je ne trouve rien non plus! C'est bien la preuve, que ça ne marche pas.

**Brassel Urs, FDP:** 2009 reichte ich die Interpellation 20090254 "Wildes Plakatieren" ein. Darin monierte ich, dass überall illegale Plakate hängen und selbst der Boden verklebt werde. Auch darauf gab der Gemeinderat eine gute Antwort, wenn sie auch nicht so phantasievoll war wie die heute vorliegende. In der Beantwortung meiner Interpellation schrieb der Gemeinderat noch: *"Die Kulturnägel haben sich sowohl in Bezug auf Design und Funktion bewährt und wurden von der APG gratis zur Verfügung gestellt."* Heute ist der Gemeinderat den Kulturnägeln gegenüber kritischer eingestellt und erwägt gar, Kultur-Liffass-Säulen aufzustellen. Dies erachte ich als positiv und bin froh um die signalisierte Bereitschaft, sich dieses Themas nochmals anzunehmen. Damit könnten die bestehenden Probleme sicher zu einem grossen Teil gelöst werden.

**Schwickert Barbara, Sicherheitsdirektorin:** Die Beantwortung dieses Vorstosses wurde meiner Direktion zugewiesen, die Beantwortung ist aber ein Gemeinschaftswerk sämtlicher Direktionen, denn es sind alle vier Direktionen von diesem Thema betroffen: der Baudirektor wegen der Baubewilligungen und dem Stadtbild, der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektor infolge der sich stellenden Fragen im Kulturbereich und der Finanzdirektor was die Verträge mit der APG anbelangt. Persönlich bin ich von der Antwort befriedigt. Obwohl alle vier Direktionen involviert sind, wird klar, dass Repression unumgänglich ist. Diese war auch Auslöser für diesen Vorstoss und der Grund für die Federführung der Beantwortung bei der Sicherheitsdirektion. Allein mit Repression kommt die Stadt aber nicht weiter. Der Gemeinderat wird konkreter. Ich bin froh, dass auch Herr Brassel dies erkannt hat. Der Gemeinderat sieht, dass die Stadt nun aktiv werden und versuchen muss, die Situation zu verbessern. Es braucht mehr und geeignetere Orte für die Plakatierung. Vielleicht ist auch eine andere Form nötig. Dem Problem soll aber mit einem positiven Ansatz begegnet werden. Besten Dank für den Hinweis zur Stadt Neuenburg. Der Finanzdirektor kann dazu etwas sagen, denn es hat einen Zusammenhang mit dem Vertrag mit der APG. Entsprechend sucht die Stadt zurzeit nach Alternativen, Grundlage bilden aber die Verträge mit der APG. Es muss erst geklärt werden, wieviele Säulen und Weltformatständer sinnvoll wären und auf welche Standorte man sich einigen kann. Herr Fehr hat bereits mit diesen Abklärungen begonnen. Erst nach Abschluss derselben wird klar werden, was auf Biel zukommt. Die Abklärungen könnten allerdings auch dazu führen, die repressiven Aspekte der Plakatierung zu rechtfertigen. Bleibt aber nur die Repression, hinterlässt dies tatsächlich ein ungutes Gefühl. Stehen aber gute, legale Lösungsmöglichkeiten offen, muss darauf hingewiesen werden.

**Fehr Erich, Finanzdirektor:** Zuerst zum Wunsch von Herrn Köhli nach neuen Plakatstellen: der Vertrag mit der APG ist in Überarbeitung. Der Vertrag sieht vor, dass die APG auf städtischem Boden ein Exklusivrecht für die Plakatierung hat. Es dürfte also nicht sein, dass andere Plakate, wie von Herrn Köhli erwähnt, auf städtischem Grund angebracht sind. Ich bitte Herrn Köhli daher, diese Orte der Liegenschaftsverwaltung zu melden. Wenn Plakate von der Strasse aus gesehen werden können, sie aber an auf privatem Grund hängen, handelt es sich selbstverständlich nicht um öffentlichen Grund. Entscheidend ist, wo das Plakat angebracht ist. Ich hoffe doch sehr, dass diese privaten Plakatstellen über eine

Baubewilligung verfügen. Eine Baubewilligung ist zwingend nötig und die Baupolizei macht diesbezüglich auch Kontrollen. Auch dort bitte ich aber darum, es uns zu melden, wenn die Vermutung besteht, dass keine Baubewilligung eingeholt wurde. Soziale Kontrolle ist immer wichtig. Ansonsten hört der Baudirektor heute jedenfalls, dass die Baupolizei dies einmal kontrollieren sollte. Dem Gemeinderat wäre aber nicht bewusst, dass dies ein grösseres Problem darstellt.

Die Grundsatzfrage des Vorstosses muss aber effektiv mit der APG diskutiert werden. Ich habe mich dazu gerne bereit erklärt, insbesondere interessiert auch mich das Modell der Stadt Neuenburg mit dem halbwildem Plakatieren. Es ist aber eine Tatsache, dass die Bedingungen auf dem Werbemarkt in den letzten Jahren deutlich härter wurden. Deshalb ist die APG sicher nicht ohne Weiteres bereit, mehr kostenlose Leistungen zu erbringen. Das Gleichgewicht zwischen Stadt und APG hat sich leider eher zu Ungunsten der Stadt entwickelt, die Bäume werden daher wohl nicht in den Himmel wachsen. Ich werde mich aber dafür einsetzen, dass möglichst viel erreicht werden kann. Sicher wird es jedoch nicht möglich sein, Herr Köhli, private Anbieter in dieses Konzept einzubeziehen. Das Problem ist, dass private Anbieter auf dem Plakatmarkt Rosinenpicker sind. Sie suchen sich nur die sehr attraktiven und frequenzstarken Standorte aus, sind aber an kommunalen Gesamtlösungen nicht interessiert, im Gegensatz zur APG. Deshalb wird es leider kaum möglich sein, für Kulturveranstaltungen mit privaten Anbietern als Alternative zur APG zu arbeiten.

Zur Feststellung von Herrn Wiher, dass das wilde Plakatieren aufhört, wenn genügend Flächen an den richtigen Standorten zur Verfügung stehen: Dazu müssten noch Regeln aufgestellt werden, wann ein Standort richtig und die Anzahl der Plakatstellen ausreichend ist. Falls mit der APG eine Lösung gefunden wird, darf es dann nicht mehr sein, dass einzelne Veranstalter mit dem Argument die Standorte seien ungeeignet und nicht ausreichend weiterhin illegal plakatieren. Grundsätzlich ist das Bedürfnis nach Plakatstellen unendlich. Gewisse Veranstalter möchten wohl an jeder Strasse eine solche Plakatstelle, das ist aber nicht möglich. Ich erwarte aber, dass sich die Situation verbessert und sollte uns dies gelingen, dass diese Lösung akzeptiert wird und die wilde Plakatierung aufhört. Eine exakte, wissenschaftlich festgelegte Zahl von notwendigen Standorten wird es aber nie geben.

### **Motion 20100343, Olivier Ammann, PRR, "Änderung des Artikels 36 des Reglements über städtische Abstimmungen und Wahlen"**

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und dieses erheblich zu erklären.

**Ammann Olivier, PRR:** Lorsque cette motion a été déposée, le résultat d'une élection de remplacement au Conseil municipal était attendu. Il y a eu des tergiversations au sein de différents partis et différentes réflexions populaires. Pourquoi faut-il récolter des signatures avant les votations? Il serait bien d'en débattre politiquement, comme la réponse à la motion le dit. C'est un choix politique, de savoir comment nos institutions doivent être mises en place et surtout, sur quelle méthode il faut les élire. La légitimité d'une élection est toujours bonne pour la personne qui est

élue et qui doit prendre des responsabilités. La personne qui peut entrer par un chemin facilité doit attendre la fin de la législature pour savoir si sa légitimité est bien mesurée. Le débat a démontré, que le peuple souhaitait se prononcer sur une élection de remplacement d'un Conseiller municipal et ainsi, un débat politique est ouvert au sein de la population. D'un autre côté, le débat politique des partis doit pouvoir dire: va-t-on présenter un contre-candidat ou accepte-t-on que le successeur soit désigné par le parti de la personne qui part? À ce moment-là, au sein des partis, un autre débat politique doit avoir lieu: les partis doivent dire, s'ils veulent un référendum ou non. Ce débat a lieu dans tous les partis et c'est ce qui a conduit, l'été passé, l'UDC et le PRR à dire: oui, nous soutenons cette démarche populaire et estimons, qu'un Conseiller municipal doit être élu par le peuple, ceci pour une élection de remplacement.

D'autre part, l'élection à la proportionnelle du Conseil municipal n'est pas remise en question. Qui dit élection proportionnelle, dit remplacement via référendum et qui dit élection majoritaire, dit que le peuple décide dans tous les cas. Alors, l'élection de remplacement est une élection majoritaire, lorsqu'une seule personne est élue. Il y a de toute façon un mélange de toutes ces solutions techniques et arithmétiques, mais le débat politique est toujours présent. C'est pour ces raisons qu'un débat était nécessaire et que la motion a été déposée. Le Conseil municipal propose au Conseil de ville d'adopter la motion sous la forme du postulat. Je ne vous dirai pas, à ce moment-même, ce qui se passe: si j'accepte la proposition du Conseil municipal, si je maintiens la motion ou si je fais encore autre chose. Ayons ce débat politique, prenons certaines réflexions et peut-être que nous remarquerons, que d'autres choses devront être changées dans le Règlement des votations et des élections communales (RDCo 141.1), au cours des prochains mois ou prochaines années. Le débat est lancé et voyons ce qui va en sortir.

**Bösch Andreas, Fraktion Grüne Biel:** Der Motionär möchte, dass Art. 36 des Reglements über städtische Abstimmungen und Wahlen (SGR 141.1) abgeändert wird. Es sollen immer Wahlen stattfinden, wenn ein Mitglied aus dem Gemeinderat ausscheidet. Angeführt wird, dass es sich bei Gemeinderatswahlen um eine Personen- und nicht um eine Parteienwahl handle. Zudem sei die Hürde, um trotzdem eine Wahl durchzuführen, mit 3'000 Unterschriften in vier Wochen zu hoch. Wieso nicht auch, und dies sogar prioritär, eine Änderung des Wahlverfahrens gefordert ist, findet die Fraktion Grüne Biel seltsam. Dies wird auch in der Antwort des Gemeinderats erwähnt.

Mit dem Proporz-Wahlsystem hat man sich für eine Parteienwahl entschieden. An den Wahlen wird das Kräfteverhältnis der Parteien in der Exekutive für die kommende Legislatur bestimmt. Ich mache ein kleines Gedankenexperiment: Ich stelle mir vor, 2008 hätte es den perfekten Panaschierkandidaten gegeben. Von allen Seiten hätte er Stimmen erhalten und 2008 damit mehr Personenstimmen erhalten als Hans Stöckli (über 4'178). Trotzdem wäre er aber nicht gewählt, wenn er nicht auch genügend Parteistimmen auf sich vereinigt hätte (knapp 6'300 waren nötig für ein Restmandat). Im Rat gibt es ein solches Beispiel: Herr Grivel. Er erhielt bei der letzten Wahl 3'500 Personenstimmen, Frau Schwickert 2'700. Trotzdem wurde aber Frau Schwickert gewählt, weil es nicht um die Person, sondern um die Partei geht. Die Sitze gehören im Bieler System den Parteien. Folgerichtig ist es auch normal, dass die Sitze den Parteien erhalten bleiben, wie dies auch im Stadtrat der Fall ist.

Scheidet jemand aus dem Rat aus und die Wahlliste weist keine Nachfolgerin oder keinen Nachfolger mehr auf, kann die Partei sogar eine Person vorschlagen, die nicht einmal für den Stadtrat kandidierte. Nach dem Willen der Motion soll dieser Normalfall nicht mehr gelten. Vielmehr solle inskünftig in jedem Fall eine Majorzwahl stattfinden, mit einem absoluten Mehr im ersten und (falls nicht erreicht) einem relativen Mehr im zweiten Wahlgang. Das kann doch nicht sein!

Ich werde nun hypothetisch: ein Mandatsträger oder eine Mandatsträgerin scheidet aus, es gibt einen parteiinternen Nachfolger und keine ernsthaften Gegenkandidierenden. Trotzdem müssten nun aber Wahlen stattfinden. Dadurch entstehen Kosten sowohl für die Parteien als auch für die Stadt. Zugegeben, dieses Beispiel ist etwas harmlos und vielleicht auch unwahrscheinlich. Ich kann es aber noch brisanter machen: Ich stelle mir vor, nicht Herr Stöckli wäre zurückgetreten, sondern Herr Klopfenstein (ohne Ihnen zu nahe zu treten...!). Grüne und SP hätten eine perfekte Kandidatin aufgestellt, welche auch gewählt worden wäre, von mir aus aber im zweiten Wahlgang. Das Verhältnis zwischen Linken und Rechten im ständigen Gemeinderat wäre damit 4:0. Das kann doch nicht sein! Dies entspricht nicht dem Kräfteverhältnis, welches die Wählenden zum Ausdruck brachten. Nach meinem persönlichen Verständnis wäre dieses Vorgehen nicht einmal demokratisch. Ziel dieser Motion wäre diesfalls also ein grundlegender Systemwechsel. Dies muss sich der Stadtrat bewusst sein. Eine Änderung der bestehenden Regelung führte für ein Gemeinderatsmitglied einer kleinen Partei zu einer unmöglichen Situation: Die Amtsinhaberin oder der Amtsinhaber dürfte nie zurücktreten, weil sonst der Gemeinderatssitz der eigenen Partei aufs Spiel gesetzt würde. In Zukunft wird die Stadt fünf vollamtliche GemeinderätInnen haben. Damit wäre es sehr gut möglich, dass im Gemeinderat zwei Personen aus kleinen Parteien vertreten wären und für diese wäre dies eine unmögliche Situation. Dazu möchte ich erwähnen, dass ein Rücktritt aus dem Gemeinderat nicht immer eine persönliche Wahl oder eine freie Entscheidung darstellt. Ich wünsche es niemandem, aber Unfälle und Krankheiten können einem dazu zwingen. Ebenfalls erwähnen möchte ich, dass das Reglement nicht nur für die nächsten Wahlen geändert werden kann. Vielmehr muss ein Grundsatzentscheid gefällt werden. Mit dem geltenden Reglement wurde dieser Grundsatzentscheid für Biel bereits gefällt: eine Parteien- nicht eine Personenwahl.

Nun noch zu den 3'000 Unterschriften: Salopp könnte gefragt werden, wie eine Partei einen valablen Kandidaten aufstellen kann, wenn sie es nicht innerhalb von vier Wochen schafft, die Unterschriften von 10% der Wahlberechtigten zusammenzubringen? Schaut man auf den vergangenen Wahlkampf zurück, lässt sich sagen, dass es einer kleinen Partei fast gegen den Widerstand der eigenen Parlamentsmitglieder, gelang, diese Unterschriften zu sammeln. Fazit für die Fraktion Grüne Biel ist, dass eine Änderung des Reglements nicht notwendig ist. Sie wird der Forderung weder als Postulat noch als Motion zustimmen weil sie diese als falsch erachtet.

**Calegari Patrick, Fraktion BVP plus:** Die Wahlen vom letzten Jahr waren eine emotionale Geschichte und haben Einiges ausgelöst. Für viele der hier anwesenden ehemaligen SVP-Mitglieder brachten diese Vorkommnisse das Fass zum Überlaufen. Ich könnte es kurz machen und mich einfach der Rede meines Vorredners anschliessen. Die von ihm vorgebrachten Argumente bewogen nämlich die heutigen BVP-Mitglieder, nicht mehr bei der SVP mitzumachen, unseres Erachtens war deren

Vorgehen respektlos. Das geltende Reglement wurde seinerzeit vom Stadtrat abgesegnet. Es kann nun nicht einfach alle paar Jahre der Windrichtung angepasst werden. Ich habe es damals sehr empfunden, dass verschiedene Stadtratsmitglieder sich der Ansicht der SVP anschlossen. Aufgrund der mittlerweile mit ihnen geführten Diskussionen kann ich heute einige davon verstehen. Trotzdem bin ich überzeugt, dass unsere seinerzeitige Trennung von der SVP richtig war. Die heutigen BVP-Mitglieder haben immer die Ansicht der Mehrheit vertreten und so ist es ja letztlich auch herausgekommen. Unser Gewissen ist rein und wir stehen hinter diesem Reglement und sind sicher auch geschlossen gegen die Anliegen der Motion, auch wenn diese in Form eines Postulats geprüft werden sollen.

**Némitz Cédric, au nom du Groupe socialiste:** La démocratie est un art subtil. Il faut des règles pour que la démocratie fonctionne et pour que la volonté populaire puisse s'exprimer valablement. Le Groupe socialiste est favorable à l'extension maximale des droits démocratiques. Donc, nous sommes favorables à une représentation équitable des forces politiques, surtout en ce qui concerne la politique communale. Pour le Groupe socialiste, le système proportionnel est le meilleur système. Il a ses avantages, il a quelques inconvénients et il a ses règles, bien sûr. On ne peut pas tout avoir: les avantages du système proportionnel et les avantages du système majoritaire.

Je ne vais pas répéter le cours de droit quasi constitutionnel, que vient de faire Monsieur Bösch, mais c'est vrai, que la donne fondamentale, c'est que les sièges au Conseil municipal appartiennent aux partis politiques. Lorsqu'une démission se présente en cours de législature, il y a un problème. Certaines personnes ont contesté le siège de Hans Stöckli. Était-ce juste? Je ne résiste pas, effectivement, à rappeler l'hypothèse d'une démission en cours de législature du représentant radical, au Conseil municipal. Aurions-nous contesté ce siège? Aurait-ce été juste? Une démission en cours de législature pose problème et cette démission peut aussi être utilisée à des fins électorales. Cela arrive régulièrement au niveau fédéral. Une démission est donnée quelques mois avant les élections, un remplaçant est proposé et finalement les réélections sont assurées. La situation de l'automne dernier pose des questions:

- Il faut 3'000 signatures pour que le référendum aboutisse. C'est beaucoup 3'000 signatures et en même temps c'est possible, à condition qu'il ait beaucoup de moyens financiers. Cela a été le cas.
- Concernant la double élection, il faut être élu au Conseil municipal pour pouvoir être élu comme maire. Il faut bien le reconnaître, l'automne passé, on a beaucoup joué sur la confusion entre les deux élections: l'élection au Conseil municipal n'était pas soumise au vote obligatoire et l'élection à la Mairie, qui l'était. Donc, de toute façon, le peuple aurait pu voter sur l'élection de son maire.
- La situation de cinq Conseillers municipaux change-t-elle la donne par rapport à ce fonctionnement?

En conséquence, après avoir bien réfléchi, le Groupe socialiste vous propose d'adopter cette motion sous la forme du postulat, pour pouvoir réfléchir sereinement et pas dans la pression d'une élection en cours.

**Sutter Andreas, BVP:** Was Herr Bösch sagte, tat gut, kam es doch von einem Vertreter einer Partei, welche tendenziell nicht zu einer Minderheit gehört. Tut sie sich

mit der SP zusammen, gehört sie nämlich der Mehrheit an. Dass der Vorstoss ausgerechnet von der Parti Radical Romand (PRR) kommt, ist für mich nicht nachvollziehbar. Die PRR als minoritärer Flügel einer Partei, die tendenziell in einen Minderheitenstatus rutscht, sollte solche Vorstösse schon aus taktischen Gründen vermeiden. Will sie ihre Vertretung auch künftig in einem Proporz-Wahlsystem halten können, muss die Schwelle für eine Veränderung des Reglements hoch sein. Es geht aber auch um eine Schwelle des Anstands: Müssen Amtsinhaber ersetzt werden, die seinerzeit mit einem Spitzenresultat gewählt wurden, hat die entsprechende Partei klar Anspruch auf diesen Sitz. Wie Herr Calegari bereits erwähnte, war dies der Auslöser für die Streitigkeiten innerhalb der SVP Biel. Nicht nur die PRR liebäugelte mit der Bestreitung des Sitzes von Herrn Stöckli, sondern auch die SVP. Ausgerechnet die relativ kleine SVP Biel schaffte es aber zusammen mit der PRR problemlos, 3'000 Unterschriften zu sammeln. Es gibt also keinen Grund, diese Schwelle von 3'000 Unterschriften in Frage zu stellen. Dass die SVP keinen tauglichen Kandidaten stellen konnte, ist bekannt. Mein Demokratieverständnis widerspricht dem Bestreiten einer solchen Nachfolgeregelung. Es gibt, wie bereits gesagt, auch andere Demissionsgründe als taktische, wie beispielsweise Krankheiten. SVP-intern brachte ich das Beispiel, was passieren würde, wenn Herr Schlauri zurückträte und Grün-Rot diesen Sitz beanspruchen würden. Die SVP hätte diesfalls den Sitz niemals halten können. Er wäre weg gewesen, bevor überhaupt hätte darüber nachgedacht werden können, ob ein Wahlkampf geführt werden soll oder nicht. Deshalb werde auch ich die Erheblicherklärung der Motion ablehnen. Gleiches gilt, sollte der Vorstoss in ein Postulat umgewandelt werden. Ich verstehe nicht, weshalb der Gemeinderat eine solche Umwandlung überhaupt vorschlägt, zumal hinter diesem Vorstoss politische Überlegungen stehen. Die BVP kommunizierte Herrn Fehr immer klar, dass sie seine Kandidatur nicht bestreitet. Ich verstehe deshalb nicht, weshalb der Gemeinderat doch noch einmal Hand bieten will, dies zu studieren. Für mich ist es klar, dass die bestehenden Regeln auch weiterhin gelten sollen.

**Baltzer Niklaus, SP:** Für mich schiesst die vorliegende Motion am Ziel vorbei, regt aber zum Denken an. In diesem Sinn bin ich der Meinung, sie könne als Postulat überwiesen werden. Das vorliegende Wahlverfahren weist tatsächlich einige Ungereimtheiten auf, welche korrigiert werden sollten. Die Anliegen der Motion, umgewandelt in ein Postulat, könnten hierfür Anlass geben. Als Parteipräsident der SP war ich natürlich wütend, als die notwendigen Unterschriften zusammen kamen. Für mich war klar, dass vor allem die mediale Unterstützung dazu beigetragen hat. Es ist eher eine Ausnahme, dass sich die Medien derart einseitig auf einer Linie einschliessen. Im Nachhinein bin ich aber auch sehr froh, dass die Unterschriften zustande kamen. Für den Stadtpräsidenten und die SP gibt es keine bessere Legitimation als diesen hochverdienten Wahlsieg. Insofern muss ich diesen Splittergruppen und der Presse danken.

Nun zum Problem: Es gibt nämlich tatsächlich ein Problem, nur liegt es an einem anderen Ort. Deshalb hätte eigentlich auch die Motion anders abgefasst werden sollen. Das Problem war nämlich, dass die NachfolgerInnen für Gemeinderat und Stadtpräsidium gleichzeitig gewählt werden mussten. Dies führte zu politischen Konfusionen. Tritt der Stadtpräsident zurück, müsste zuerst der Gemeinderat neu bestellt und erst anschliessend das Stadtpräsidium bestimmt werden. Es liegt auf der Hand, dass dies das Grundproblem darstellt, über welches eigentlich diskutiert

werden sollte. Es ist demokratisch, dass das Stadtpräsidium aus einem gewählten Gremium, in diesem Fall dem Gemeinderat, gewählt wird. Dieser Aspekt sollte daher korrigiert und sinnvollerweise in Form eines Postulats überdacht werden. Ich bin aber klar gegen die Erheblicherklärung der in der Motion angeführten Anliegen.

**Kaufmann Stefan, FDP:** Für mich ist es absolut unabdingbar, über dieses Wahlprozedere diskutieren zu können. Die FDP entschied sich letzten Sommer, den Gemeinderatssitz von Herrn Stöckli nicht anzugreifen. Gleichzeitig beschloss sie aber auch schon letzten Sommer, die vorliegende Motion einzureichen. Was ist nun im Herbst passiert? Die SVP drohte, eine Volksinitiative zu dieser Nachwahl zu lancieren. Eine Volksinitiative, die Wahlen in jedem Fall verspricht, käme sicher zustande und würde in einer Abstimmung wohl obsiegen. Die Bieler Bevölkerung macht sich keine politischen Überlegungen zum Proporz- oder Majorzsystem. Sie will einfach aus verschiedenen Kandidierenden auswählen. Die Parteien sind somit stark gefordert. Ich gehe davon aus, dass nur 10% der Bieler Bevölkerung einer Partei angehört, die restlichen 90% verhalten sich parteipolitisch neutral. Der Einfluss der Parteien wird von uns Parlamentsmitgliedern wohl überschätzt. In einer solchen Abstimmung würde es nichts nützen, wenn sich die Parteien für den Status Quo und das Proporzsystem stark machen würden, denn das versteht kein Mensch. Deshalb ist es wichtig, dass diese Diskussion im Stadtrat geführt wird. Ich finde es sinnvoll, dieses Wahlverfahren mittels Postulat zu überprüfen. Erst danach kann man sagen, die Abklärungen seien fundiert erfolgt und erst danach würde allenfalls eine plausible Begründung dafür vorliegen, das System so zu belassen.

**Sutter Andreas, BVP:** Diskutieren ist immer gut. Ich habe nichts dagegen, dass Reglemente hinterfragt werden. Es sollte aber nicht mit falschen Gründen argumentiert werden, wie im vorliegenden Fall. Ich habe noch eine Ergänzung zum Votum von Herrn Baltzer: Was er sagt zur gleichzeitigen Ersatzwahl von Gemeinderatsmitglied und Stadtpräsidium, gilt nicht nur bei einer ausserordentlichen Vakanz des Stadtpräsidiums, sondern auch bei den ordentlichen Wahlen. Selbst wenn Herr Stöckli Ende der Legislatur zurückgetreten wäre, hätten das neue Stadtpräsidium und ein neues Gemeinderatsmitglied gleichzeitig gewählt werden müssen. Die Möglichkeit, Gemeinderats- und Präsidiumswahlen zu trennen, müsste also auch für die ordentlichen Wahlen diskutiert werden. Das bestehende Reglement hat sich meines Erachtens bewährt. Nur gewählte Gemeinderatsmitglieder können Stadtpräsidentin oder Stadtpräsident werden. Würde jemand nur für das Stadtpräsidium, nicht aber für den Gemeinderat gewählt, käme es zu einer Nachwahl. Dieses Problem ist also gelöst und das Verfahren hat sich bisher immer bewährt. Deshalb ist die Diskussion gut, das Postulat aber schlecht und daher muss auch die Diskussion nicht mehr weitergeführt werden.

**Hadorn Werner, SP:** Mit dem meisten bisher Gesagten, bin ich einverstanden. Mir ist nicht ganz klar, ob der Motionär an der Motion festhält, glaube es aber so verstanden zu haben. Diesfalls müsste aber über das Postulat gar nicht weiter diskutiert werden. Ich bitte den Motionär, dies nochmals klarzustellen. Im Gegensatz zu meiner Fraktion verstehe ich nicht, weshalb der Gemeinderat nicht den Mut hatte, die Erheblicherklärung der Motion einfach abzulehnen. Mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat will er nur Wind aus den Segeln nehmen und Kompromissbereitschaft signalisieren. Der Motionär wollte aber sicher keinen Bericht, sondern einen konkreten Vorschlag. Ich möchte vom Gemeinderat noch hören, welche Gründe ihn

dazu bewogen haben vorzuschlagen, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Ich freue mich, aufgrund der Ereignisse im letzten Herbst heute dazu sprechen zu können. Für die netten Worte an mich persönlich danke ich ebenfalls bestens. Mit Freude habe ich die heute geführte Diskussion und die gemachten Überlegungen verfolgt. Die Diskussion zeugt von einem hohen Demokratieverständnis des Stadtrats. Aus Sicht des Gemeinderats ist klar, dass die Proporzwahl des Gemeinderats in keiner Art und Weise zur Debatte stehen darf. Der Gemeinderat findet dies den richtige Ansatz für eine angemessene Vertretung der politischen Kräfte. Es darf nicht sein, dass das Proporzsystem im Rahmen einer Ersatzwahl ausgehebelt werden kann. Diesfalls hätte der Gemeinderat beantragen müssen, die Motion abzulehnen. Weshalb hat der Gemeinderat dies nicht getan? Es gibt zwei Erkenntnisse: Die eine ist die, dass es insbesondere beim Sammeln der Unterschriften zu einer Vermischung zwischen Gemeinderatsersatzwahl und Wahl des Stadtpräsidiums kam. Die Vermutung liegt daher nahe, dass es schwieriger gewesen wäre, Unterschriften zu sammeln, wenn Gemeinderats- und Stadtpräsidiumswahl nicht gleichzeitig stattgefunden hätten. Vielen Unterzeichnenden war nicht klar, worum es bei der Unterschriftensammlung überhaupt ging. Herr Sutter hat recht, wenn er sagt, bei Gesamterneuerungswahlen stelle sich das gleiche Problem. Aber zu diesem Zeitpunkt ist sowieso alles offen und das Bewusstsein der Bevölkerung ist geschärft. Dieses Problem würde der Gemeinderat gerne näher anschauen, allerdings ohne bereits jetzt die richtige Lösung präsentieren zu müssen. Die zweite Erkenntnis beschränkt sich auf das Vollamt: in den letzten dreissig Jahren kam es zu vier Demissionen während laufender Legislatur. Nur 1981 wurden die Nachfolge von Herrn Kohler und letzten Herbst diejenige von Herrn Stöckli bestritten. Wenn bei 50% aller Fälle Unterschriftensammlungen erfolgten, besteht möglicherweise ein Bedürfnis, sich dieser Frage anzunehmen. Diese erwähnten Ereignisse liegen 30 Jahre auseinander und nur wenige Akteure waren beide Male beteiligt.

Intellektuell käme eine weitere Lösung für die Nachfolgeregelung im Gemeinderat in Frage, wobei ich betonen möchte, dass kein Gemeinderatsmitglied der Ansicht ist, diese Lösung sei richtig: das Nachrutschen wie im Stadtrat. Die Frage stellt sich, ob dies gut wäre. Wahrscheinlich würde schon die Zusammenstellung der Listen zu anderen Ergebnissen führen. Heute gibt es immer wieder PolitikerInnen, die nur kandidieren, um ihrer Partei zu helfen, das Amt aber nicht wirklich anstreben. Wenn auch beim Gemeinderat ein Nachrutschen vorgesehen wäre, müssten sich alle Kandidierenden ernsthaft mit dieser Frage befassen und klären, ob sie dazu bereit wären. Ein Nachrutschen im Stadtrat ist nicht weiter problematisch, denn es ist ein Milizamt, welches sich neben der normalen Arbeit ausüben lässt. Ein Gemeinderatsmandat im Vollamt, ist aber ein Grundsatzentscheid in beruflicher Hinsicht. Möglicherweise wäre die Situation bei der ordentlichen Wahl nicht die gleiche wie beim Nachrutschen.

Grundsätzlich ist der Gemeinderat auch der Meinung, dass die in der Motion gestellten Fragen nicht die richtigen sind. Nichtsdestotrotz kam er, gestützt auf die erwähnten Überlegungen, zum Schluss, dass es vielleicht sinnvoll wäre, dieses Thema aufzugreifen und zu vertiefen. Die Frage nach dem Proporzsystem soll aber nicht zur Diskussion gestellt werden. Dieses Prinzip welches eine angemessene



Parteienvertretung vorsieht, erachtet der Gemeinderat als das absolut richtige. Wenn der Motionär bereit ist, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, würde der Gemeinderat so verfahren und zu einem späteren Zeitpunkt Bericht erstatten. Der Gemeinderat kann aber auch damit leben, wenn der Motionär an der Motion festhält und sie abgelehnt wird, oder wenn er die Motion zurückzieht. Am Grundsatzprinzip soll aber nichts verändert werden. Es ginge vielmehr darum, die Rahmenbedingungen anzuschauen und dafür zu sorgen, dass die Abläufe für die Wählerschaft klarer werden.

**Ammann Olivier, PRR:** Le but de cette motion a été atteint: La discussion a eu lieu et de nombreuses questions ont été posées. L'ouvrage pourra être remis sur le métier et une nouvelle intervention sera déposée. Je remercie le Conseil municipal pour son débat. Suite à ces discussions, **je retire ma motion 20100343, "Modification de l'article 36 du Règlement des votations et des élections communales"**.

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Ich kann dem Stadtrat mitteilen, dass in der Pause ein Techniker anwesend sein wird, welcher versuchen wird, die Audioanlage, respektive die Lautsprecher, wieder in Gang zu bringen. Die Pause dauert bis 21.00 Uhr.

Sitzungsunterbruch 20.00 Uhr - 21.00 Uhr

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Die Mikrofonanlage funktioniert provisorisch wieder (*Applaus, Zwischenrufe, Gelächter*). Die Mikrofone haben nun eine Position, in welcher sie funktionieren. Ich bitte alle, die Mikrofone nicht zu berühren, damit sie ihren Dienst bis Ende der Sitzung erfüllen.

### **Motion 20100342, Béatrice Sermet-Nicolet, Fraktion SP, "Für die konzertierte und verantwortliche Umsetzung der Finanzstrategie"**

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und dieses als erfüllt abzuschreiben.

**Sermet-Nicolet Béatrice, au nom du Groupe socialiste:** Vous vous souvenez peut-être, que la séance du Conseil de ville du 21 octobre 2010 a marqué tous les esprits, dont le mien. La proposition de réduction de 5% du budget 2011, fait à la hussarde, n'était pas digne de parlementaires réfléchis, que nous sommes toutes et tous. Les débats ont donc été à l'image de la démarche, très peu nuancés et c'est un euphémisme. La Présidente du Groupe socialiste disait: *"Ce n'est pas une manière de travailler et ce n'est pas non plus prendre ses responsabilités"*. Suite à cette mémorable séance et aux déclarations faites à la tribune, un besoin de concertation est apparu. N'en déplaise à celles et ceux, qui souhaitent que la vie politique soit plus agitée, marquée par des débats encore plus musclés, voir des coups de force. D'où la présente motion, qui demandait au Conseil municipal, de préparer la mise sur pied, au début de 2011 d'une plateforme, qui réunirait un large éventail de politiciennes et de politiciens biennois, membres du Conseil de ville. Cette plateforme devait se pencher sur la mise en œuvre de la Stratégie financière, en vue du budget 2012. Le Conseil municipal était chargé d'en définir la composition, le cadre de réflexion et de

préciser ses attentes à son égard ainsi qu'un échéancier. Cette réflexion ne devait pas estomper le débat politique du Conseil de ville.

La réponse du Conseil municipal me satisfait. Je me réjouis, notamment, que la Commission de gestion et le Bureau du Conseil de ville aient accueilli favorablement le principe d'une table ronde de réflexions. Le Conseil municipal rejette par contre la proposition formulée dans la motion, arguant que les rapports de majorité du Conseil de ville seraient faussés, car les petits partis se verraient octroyés une position, qui dépasse leur véritable force électorale. Toutefois, le Conseil municipal est d'accord de fixer, de manière concertée, des mesures nécessaires pour attendre des comptes équilibrés, jusqu'en 2013.

Je suis aussi satisfaite d'apprendre, qu'une première table ronde a eu lieu le 9 mars 2011, avec la Commission de gestion et la participation de Conseillères et de Conseillers de ville. Lors de cette table ronde, la Direction des finances a présentée la situation financière initiale et les perspectives financières à moyen terme. Cette rencontre va donc dans le sens de la présente motion. Dans la réponse du Conseil municipal, j'apprends qu'il a été souhaité, que le Conseil municipal fasse ressortir, dans quels domaines une certaine marge de manœuvre existe, compte tenu bien entendu des engagements pris par la Ville et de ses obligations. Un processus a donc été initié et cela me paraît important. Il ne s'agit pas de démettre le Conseil municipal de ses responsabilités, mais bien plus de suggérer un échange de vue constructif, voir proposer une démarche réfléchie. Au niveau fédéral, les traditionnels "Entretiens von Wattenwyl" permettent aux présidents de partis et aux présidents de groupes, de rencontrer le Gouvernement de ce pays, afin de débattre des thèmes vitaux. À quand, peut-être, les "Entretiens de la Maison Blösch"? Bref, le but de la motion est partiellement atteint, puisqu'il a suscité une, voir plusieurs rencontres. La démarche pourrait être affinée au fil du temps, afin de déterminer les priorités financières, qui reflètent les points forts retenus par le Conseil municipal et avalisés par le Conseil de ville. Sans renoncer au projet envisagé, il conviendrait bien entendu, de s'entendre sur les accents, qui seront mis et quels moyens y seront consacrés. Je souhaite donc, que cette démarche ne soit pas abandonnée, mais qu'elle soit maintenue. Je remercie le Conseil municipal des ses efforts et comme le Groupe socialiste, j'accepte sa proposition de transformer la motion 20100342 en postulat et de la radier du rôle.

**Fehr Erich, Finanzdirektor:** Ich danke Frau Sermet für die gute Aufnahme der Antwort des Gemeinderats. In der Tat ist es so, dass sich der Gemeinderat ernsthafte Gedanken dazu machte und immer noch macht, wie die Finanzen auf Kurs gehalten werden können. Selbstverständlich ist ein rechtzeitiger Einbezug und frühzeitiger Austausch mit dem Parlament sehr wichtig. Aus den beschriebenen Gründen, die Frau Sermet auch versteht, fand der Austausch nicht in der im Vorstoss vorgeschlagenen Rahmen statt, sondern mit der GPK und den Fraktionspräsidien. Am 12. Mai 2011 fand eine zweite Diskussion am runden Tisch statt. Damals war die Beantwortung bereits geschrieben, weshalb sie darin auch nicht erwähnt wird. Auch diese Gespräche verliefen konstruktiv und aus meiner Sicht informativ. Als böse Überraschung erwies sich anlässlich der Budgetdiskussion 2011 (Oktober 2010) die schwierige Finanzlage. Es ist deshalb nun wichtig, das Parlament im konstanten Dialog für diese Entwicklung zu sensibilisieren. Gesunde Finanzen sind die Voraussetzung dafür, dass der Staat leistungsfähig bleibt. Ein leistungsfähiger Staat

ist notwendig, damit sich die Wirtschaft entfalten kann, sozial Schwächere die nötige Unterstützung erhalten und die Sicherheit gewährleistet werden kann. Der Staat muss also die staatlich garantierten Rahmenbedingungen gewährleisten.

Die Finanzlage der Stadt Biel ist derzeit immer noch gut. Sie ist aber nicht so gut, dass eine Reaktion auf die Entwicklung der letzten 18 bis 24 Monaten unterbleiben kann. Das städtische Ausgabenniveau entspricht beinahe demjenigen der besten Jahre. Es müsste aber auf einem mittleren Wert zu liegen kommen, damit in schlechten Jahren auf das Eigenkapital zurückgegriffen und in den guten Jahren neues gebildet werden kann. Ziel sind also stabile Stadtfinanzen. Es gibt nichts Schlimmeres, als die Notwendigkeit drastischer Massnahmen bei kleinsten Krisen (aktuell geht es aber zugegebenermassen um eine grosse). Die Bevölkerung will wissen, welche Leistungen das Gemeinwesen langfristig anbieten will und auch kann. Dafür braucht es gesunde Finanzen und daran gilt es zu arbeiten. Anlässlich der Diskussion zur Rechnung wird der Stadtrat ein erstes Mal die Gelegenheit haben, die Situation zu analysieren. Dann wird auch der Zwischenbericht zur Finanzstrategie vorliegen. Darin sind zwar die grossen Einsparungen noch nicht enthalten, weil der Gemeinderat hofft, das Budget 2012 noch mit konventionellen Mitteln auf dem durch die Finanzstrategie vorgegebenen Kurs zu halten. Dies wird jedoch nicht einfach sein. Nach der Analyse der Eingaben aus den Direktionen, die momentan läuft, wird möglicherweise ein weiterer runder Tisch nötig sein. Dass die Entwicklung aber nicht so läuft, wie sich dies der Gemeinderat wünschte, ist daraus ersichtlich, dass er Sofortmassnahmen beschlossen hat. Diese beinhalten ein sechsmonatiges Stellenwiederbesetzungsmoratorium und die Einfrierung des Sachaufwands in der laufenden Rechnung. Diese Massnahmen wurden ergriffen, weil sich abzeichnet, dass die Rechnung 2011 mit einem grösseren Defizit als budgetiert abschliessen könnte, weil die aktuelle Entwicklung der Wirtschaft sich nicht in die erwartete Richtung bewegt. Damit würde der Gemeinderat vom Pfad der Finanzstrategie abweichen. Herr Kaufmann, vielleicht werden diese Massnahmen nun sogar noch einschneidender sein als die von Ihnen anlässlich der Budgetdiskussion 2011 vorgeschlagenen. Der Gemeinderat hatte keine Freude, solche Entscheide zu fällen. Er ist aber überzeugt, dass sie angesichts der Entwicklung nötig sind, denn bereits der Pfad der Finanzstrategie war relativ mutig. Innerhalb von wenigen Jahren sollte 3/4 des Eigenkapitals konsumiert werden und der Spielraum der Stadt massiv eingeschränkt werden. Deshalb darf nicht zugelassen werden, dass die Entwicklung in eine falsche Richtung läuft. Der Gemeinderat musste also reagieren. Die Details können in den kommenden Debatten noch geklärt werden.

**Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.**

**Postulat 20110086, Claire Magnin, Fraktion Grüne Biel, "Gender Budgeting"**

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

**Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne:** La Ville de Bienne a signé la "Charte européenne pour l'égalité des femmes et des hommes dans la vie locale" et c'est une très bonne chose. Dans le "Plan d'action de la Ville de Bienne pour la mise

en œuvre de la Charte européenne pour l'égalité entre hommes et femmes", le Conseil municipal a élaboré une liste de six mesures spécifiques pour une analyse "genre" du budget. Le "Budget genre" est un instrument très important et très efficace pour mettre en place, à long terme, une véritable égalité entre hommes et femmes et ceci au travers des dépenses, des budgets et des sommes allouées, qui sont plutôt favorables aux femmes ou aux hommes. Cet exercice est difficile et c'est d'autant plus difficile pour une ville comme Bienne, qui a finalement assez peu de marge de manœuvre dans l'ensemble des tâches, qui lui incombent.

J'ai relu la réponse du Conseil municipal et je lui adresse mes remerciements. La lecture des trois premières pages m'a réjouie. Mon idée d'un "Budget genre" et l'idée du Conseil municipal se rejoignent-elles? Dans les trois premières pages, nos idées se rejoignent complètement. Le Conseil municipal apporte des informations très pertinentes. Il ne s'agit pas d'avoir deux budgets, mais de mesurer les dépenses, qui ont plutôt un impact sur les hommes ou plutôt sur les femmes et de faire des rééquilibrages, qui peuvent être en faveur des hommes ou des femmes. Cela permet aussi de corriger des inégalités entre sous-groupes: les femmes ou les hommes âgés ont-ils des inégalités au niveau des dépenses allouées ou les jeunes filles étrangères ou les jeunes hommes étrangers ont-ils des inégalités? Il ne s'agit pas d'un budget, qui met les femmes et les hommes d'un côté ou de l'autre, mais il s'agit d'un budget transversal, qui permet aussi de beaucoup mieux mesurer à qui profitent les différentes dépenses des pouvoirs publics. C'est un travail de longue haleine, qui doit être suivi. Les résultats ne viennent pas tout de suite. Partout où ce "Budget genre" a été mis en place, il a permis de rééquilibrer les dépenses à long terme.

Tout est parfait jusqu'à la page 3 du rapport, mais après tout se dégonfle! Le Conseil municipal dit: *"Les questions ou les besoins se rapportant à l'intégration d'une perspective de genre dans le processus budgétaire ne font pas partie des tâches de la Direction des finances. Il est bien plus impératif, que toutes les directions et départements spécialisés, qui décident en dernier lieu de l'utilisation des moyens au cas par cas, soient conscients des besoins et des objectifs en la matière"*. Mais, pour les spécialistes du "Budget genre", il faudrait que ce soit véritablement centralisé et que l'efficacité recherchée, pour les besoins de la population, ne soit pas considérée par le Conseil municipal comme une meilleure manière de gérer l'administration de ces deniers, mais bien l'égalité entre les différentes catégories, en particulier entre les hommes et les femmes. Cette question est importante et elle peut donner des perspectives ainsi qu'un autre regard sur le budget et les dépenses de la Ville. Il faut impérativement se donner les moyens de faire un "Budget genre".

Je remercie le Conseil municipal d'avoir accepté mon postulat. J'aimerais juste ajouter, qu'il ne serait pas très utile d'entrer à reculons dans cette thématique, mais d'être un peu plus ambitieux et de se donner les moyens d'arriver à mettre sur pied quelque chose de valable.

**Kaufmann Stefan, FDP:** Frau Magnin hat soeben erläutert, weshalb Gender Budgeting eingeführt werden soll. Aufgrund dieses Vorstosses suchte ich im Internet nach diesem Begriff "Gender Budgeting". Es sind seitenweise Informationen darüber zu finden! Trotzdem habe ich keine Antwort darauf gefunden, wozu das Gender Budgeting dient. Auch aus der Antwort des Gemeinderats konnte ich dazu keine Schlüsse ziehen. Biel trat auf lokaler Ebene einer europäischen Charta für die Gleichstellung von Frau und Mann bei, womit dem Anliegen nun Genüge getan sei.

Dazu gebe ich ausnahmsweise der SVP recht: nicht alles, was aus Europa kommt, ist schlau. Vielleicht müsste auch der Begriff Gender analysiert werden. Gender bedeutet nämlich das soziale Geschlecht, welches im Gegensatz zum biologischen abstrahiert wird. Beim sozialen Geschlecht gibt es keine Unterschiede zwischen Frau und Mann. Das Gender-Gedankengut ist eine völlige Gleichheit von Frau und Mann, aber nicht die Gleichberechtigung. Gemäss diesem Gedankengut übernimmt der Staat die Erziehung der Kinder und die Abtreibung ist ein Menschenrecht, wie dies letztes Jahr im Europarat gefordert wurde. *"Zu Hause soll beginnen, was leuchten soll im Vaterland"*. Ich oute mich als absoluter Fan dieses Satzes von Gotthelf. Gender ist ein Angriff auf die Familie. Damit meine ich die klassische Familie und nicht die Lebensform, in welcher zufälligerweise mehr als eine Person im gleichen Haushalt lebt. Gendering ist eine schleichende Entwicklung, welche heute überall anzutreffen ist und bereits über 40 Jahre andauert. Gender findet sich in der Sprache, die dadurch geschlechtergerecht wird. So heisst es heute nicht mehr "Lehrer", sondern "Lehrperson", nicht mehr "Praktikanten", sondern "Auszubildende". Die Stadt Bern führte letztes Jahr sogar die Bezeichnung "das Elter" ein. In die ganze Gender-Ideologie gehört noch viel mehr, es sollen die Geschlechter gleich gemacht werden. Ich bin alles andere als ein Fan des Genderings und ich finde es schwierig, wenn die öffentliche Hand dafür auch noch Geld ausgibt. Mir ist klar, weshalb einige Leute Gendering und Gender Budgeting fordern, mir ist aber noch nicht klar, wozu es gut sein soll. Diese Antwort habe ich nirgends gefunden. Die Antwort des Gemeinderats ist aus meiner Sicht umfassend, weshalb meines Erachtens das Postulat auch abgeschrieben werden könnte.

**Morier-Genoud Michèle, PSR:** Je me suis réjoui d'entendre la satisfaction de Madame Magnin de la réponse à son postulat. Mais, lorsque Monsieur Kaufmann donne sa version, j'ai envie de réagir. Je suis une professionnelle, spécialisée dans la question "genre". Je travaille auprès des organisations protestantes d'entraide et j'aime bien donner un exemple concernant l'équité genre. Il faut se poser la question suivante, lorsqu'un projet est lancé: quels sont les effets différenciés sur les hommes, sur les femmes et les enfants? C'est un approfondissement, comme si un économiste vérifierait les comptes ou la démarche budgétaire, avec une approche néolibérale ou marxiste. Monsieur Kaufmann dit, que la question "genre" est superflue pour la Ville de Bienne. Je pense le contraire. On peut prendre par petits points cette analyse et se poser la question, s'il faut faire des restrictions budgétaires et si ces restrictions budgétaires seront efficaces. C'est une porte d'entrée, qui est beaucoup moins contraignante, que celle de vouloir faire une analyse globale d'un budget. La Ville de Bâle a fait ce travail et vous pouvez sûrement trouver, sur le site du Bureau de l'égalité, les rapports qui sont assez conséquents. Je prônerais une démarche à petits pas, où on entrerait sur un certain nombre de questions, en sélectionnant un domaine ou l'autre, qui serait en consultation avec le Bureau de l'égalité du Canton de Berne. C'est une bonne piste à suivre.

**Magnin Claire, Les Verts Bienne:** Monsieur Kaufmann n'a pas compris ce que le "Budget genre" signifiait. Ce n'est pas facile de comprendre, je suis d'accord avec vous. Madame Morier-Genoud a donné l'exemple de Bâle. La Ville de Bâle a fait une étude et a décidé de faire un travail sur le "Budget genre" en collaboration avec le Bureau de l'égalité. Ils ont réalisé, que les hommes âgés avaient plus de prestations que les femmes âgées. Les structures pour les personnes âgées étaient plus occupées par des femmes que par des hommes. Pourquoi? Parce que les femmes

soignent leurs maris âgés, par contre il y a moins d'hommes qui soignent leurs épouses. Donc, il fallait aussi prévoir dans les budgets plus de moyens, pour qu'il y ait un soutien à domicile pour les femmes âgées, afin que les hommes puissent également les soutenir.

Dans les écoles, les dépenses étaient les mêmes pour les filles et les garçons, au moins jusqu'à la formation professionnelle. Ensuite, on constate qu'il y a beaucoup plus de moyens, qui sont mis en place pour les garçons, que pour les filles, car les professions typiquement masculines sont beaucoup plus onéreuses. Le travail non-rémunéré est pris en charge par les femmes. Si on calcule cette somme-là, on peut aussi faire des politiques sociales équilibrantes. Comme l'a dit Madame Morier-Genoud, aujourd'hui c'est une politique d'économie qui est faite. Qui va en subir les conséquences? Il ne faut pas encore plus charger les groupes sociaux, qui sont déjà assez chargés, en particulier les femmes ayant des doubles journées de travail. À qui les structures d'accueil familial sont-elles utiles? Qui les utilise le plus et qui en a le plus besoin? Ce sont particulièrement les femmes. Que peuvent-elles apporter aux hommes, pour qu'ils puissent eux aussi s'investir dans la famille? On peut se poser cette question. Comment permettons-nous, avec notre politique budgétaire, aux hommes de pouvoir aussi plus s'investir dans les familles? C'est important pour la cohésion sociale. Je vous prie de soutenir ce postulat.

**Baltzer Niklaus, SP:** Ich bin enttäuscht vom Votum von Herrn Kaufmann. Mein Vater starb, als ich sieben Jahre alt war. Wir waren vier Kinder und ich war der Älteste. Ich weiss, dass eine Frau, auch wenn sie sich durchsetzen kann, x-mal besser sein muss als ein Mann. Leider galt das nicht nur vor 50 Jahren, es ist auch heute noch so. Ich finde es schade, wenn diese Frage ausgerechnet von wirtschaftsnahen Kreisen nicht mit der nötigen Sensibilität angegangen wird. Ich bin der Meinung, dass gerade die Wirtschaft nicht so weit ist, dass sie sagen kann, sie habe die Geschlechterfrage gelöst. Dabei ist gerade sie stark auf die Frauen angewiesen. Gerade sie sollte sich also Mühe geben, die Gleichheit der Geschlechter, wie im Postulat erwähnt, zu fördern.

**Löffel Christian, EVP:** Ich möchte auf das Votum von Frau Morier-Genoud reagieren. Wenn die Stadt sparen muss, trifft dies irgendjemanden. Ich bin mit Ihnen einig, dass darauf geachtet werden muss, wen. Vielleicht trifft es die Kultur, vielleicht den Sport, die Schule oder sogar einmal das Sozialwesen. Ich sehe nicht ein, weshalb ein Unterschied zwischen Frau und Mann gemacht werden soll. Einerseits wird die Gleichberechtigung gefordert, andererseits soll beim Budget ein Graben gemacht werden. Das verstehe ich nicht und habe Mühe damit. Herr Baltzer sagte, eine Frau müsse besser sein als ein Mann, um sich durchsetzen zu können. Dies ist leider so, was ich bedaure. Ich verstehe aber nicht, warum dies so ist. Ich glaube insbesondere nicht daran, dass dieses Problem mit der Einführung von Gender Budgeting gelöst werden kann. Aus meiner Sicht kann das Gender Budgeting eingeführt werden, wenn die Stadtverwaltung nichts Gescheiteres mehr zu tun hat. Das ist heute aber sicher nicht der Fall!

**Augsburger-Brom Dana, SP:** Ich könnte auch sagen, dass mich die Aussagen von Herrn Kaufmann enttäuscht haben. Ich möchte aber nicht enttäuscht sein, denn ich urteile nicht über Einstellungen oder Meinungen. Vor Kurzem schrieb ich einen Artikel in der SP-Zeitung. Dafür recherchierte ich, was eigentlich Emanzipation bedeutet.

Dieses Wort kommt aus dem Lateinischen und heisst "den Sklaven in die Selbstständigkeit entlassen". Als in der Schweiz der Gleichstellungsartikel eingeführt wurde, wurde der Sklave also entlassen. Diese Arbeit muss nun aber weitergeführt werden, denn die Gleichstellung ist längst beschlossen. Es geht nun nicht mehr um persönliche Meinungen, sondern darum, den Gleichstellungsartikel schrittweise umzusetzen.

**Kaufmann Stefan, FDP:** Es wäre gut, wenn der Stadtrat besser zuhören würde... Mit keinem Wort erwähnte ich, ich sei gegen Gleichstellung oder Gleichberechtigung. Mich stört der Begriff "Gender". Das ist etwas ganz Anderes. In einer klassischen Familie kann durchaus die Frau arbeiten und der Mann die Hausarbeit verrichten. Ich sagte auch nicht, dass den Frauen nicht die gleichen Möglichkeiten offen sollten wie den Männern. Mich stört es aber, wenn man nicht mehr "Vater" oder "Mutter" sagen darf, weil sonst irgendjemand diskriminiert sein könnte. Das ist aber die heutige Tendenz und dafür wird sogar noch Geld ausgegeben! Soweit mein Anliegen. Die Argumente Ad-Absurdum-treiben nützt den Frauen nichts.

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Das Ziel von Gender Budgeting wird in der Antwort des Gemeinderats dargelegt. Es wurde aber auch die Frage nach dessen Nutzen gestellt. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass es Sinn macht zu analysieren, wohin das Geld fließt. Frau Magnin sagte, sie wolle mit Gender Budgeting sicherstellen, dass alle gleich viel erhalten. Damit bin ich nicht einverstanden: Staatliches Handeln bedeutet nicht allen gleich viel zu nehmen und zu geben. Vielmehr ist staatliches Handeln eine Umverteilung: Diejenigen, die mehr haben und dadurch einen grösseren Beitrag an das Gemeinwesen leisten können geben etwas ab an diejenigen, welche (aus welchen Gründen auch immer) wirtschaftlich schlechter gestellt sind und daher auf die Förderung des Staates angewiesen sind. Die Frage, ob ein Budget mehrheitlich männliche oder weibliche Anliegen umfasst, ist dabei nur ein Aspekt. Es ist aber sicher nicht das Ziel, dass alle gleich viel erhalten. Wer mehr benötigt, soll auch mehr erhalten. Dafür steht der Gemeinderat ein. Dennoch ist es wichtig, sich mit dieser Thematik zu befassen. Es kann sein, dass die Ausgaben so strukturiert sind, dass gewisse Bevölkerungsgruppen tendenziell mehr profitieren als andere, vielleicht sogar mehr als nötig. Dieses Bewusstsein führt dazu, dass beispielsweise bei geplanten Sparmassnahmen versucht wird zu verhindern, dass die Schwächsten getroffen werden. Das ist das Ziel von Gender Budgeting.

Der Gemeinderat lehnt es aber ab, hierfür mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Frau Magnin sagte, sie stelle sich eine zentrale Lösung vor. Eine zentrale Lösung wäre aber mit der Schaffung einer Stelle verbunden. Mit Blick auf die städtische Finanzlage ist dies nicht möglich, aber auch nicht unbedingt sinnvoll. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die erwähnten Risiken durch ständiges ins Bewusstsein rufen dieser Problematik vermieden werden können. Damit dies funktioniert, muss die Sensibilität dort vorhanden sein, wo Entscheide gefällt werden und eben nicht zentral in der Abteilung Finanzen. Wichtig ist also, dass die Sensibilität dort, wo einzelne Budgets verwaltet und Geld ausgegeben werden, vorhanden ist. Deshalb ist die Antwort des Gemeinderats auch so ausgefallen. Es würde mich freuen, wenn sich Frau Magnin auch mit der vierten Seite der Beantwortung einverstanden erklären könnte und in zwei Jahren den Bericht des Gemeinderates zu diesem Postulat unvoreingenommen lesen könnte...

**Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.**

**Interpellation 20100345, Nathan Güntensperger, GLP, "Was passiert mit dem Pontonier Fahrverein?"**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

**Güntensperger Nathan, GLP:** Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort auf meine Interpellation. Obwohl der Pontonier Fahrverein offensichtlich im offiziellen Bieler Katastrophendispositiv keine aktive Rolle spielt, ist darauf hinzuweisen, dass er in den letzten Jahren dreimal durch die Nidauer Feuerwehr aufgeboten wurde. Bei den Überschwemmungen im Jahre 2006 waren die Pontoniere die einzigen, die während drei Tagen im Zihlkanal Ketten und Seile kappen konnten, damit die angebundenen Schiffe nicht sanken. Aufgrund der Wasserhöhe waren weder Seerettungsdienst noch Seepolizei in der Lage, mit ihren Schiffen unter den Brücken den Zihlkanal zu passieren. Durch das ständige Patrouillieren konnten Schiffsbesitzende gewarnt und geschützt werden, die beim Versuch, ihre Schiffe selber zu retten, beinahe von der Strömung mitgerissen worden wären. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass der Standort des Pontonier Fahrvereins oberhalb des Wehres gewählt wird und es stellt sich die Frage, ob er nicht allenfalls in die Planung des Gebiets AGGLOlac miteinbezogen werden könnte und so am alten Ort verbleiben könnte. Von der Antwort des Gemeinderats bin ich aber befriedigt.

**Fehr Erich, Finanzdirektor:** Besten Dank, Herr Güntensperger, dass Sie von der Antwort des Gemeinderats befriedigt sind. Die Beantwortung beschreibt die Situation so, wie sie sich präsentiert. Der Gemeinderat hat nur das Bieler Katastrophendispositiv angeschaut, nicht aber dasjenige der Nachbargemeinden. Offenbar weiss Herr Güntensperger mehr als der Gemeinderat. In Biel hat der Pontonier Fahrverein jedenfalls keine aktive Rolle, sondern ist ein "Freizeitverein". Wie alle anderen Freizeitvereine im Gebiet AGGLOlac soll auch der Pontonier Fahrverein einen Ersatzstandort erhalten, und zwar einen, der seinen Bedürfnissen entspricht. Sicher wäre es nicht sinnvoll, den Pontonier Fahrverein unterhalb des Wehres anzusiedeln. Niemand ist aber auf diese Idee gekommen. Er wird eher im Perimeter der beiden Strandbäder zu liegen kommen. Der neue Standort muss jedoch den Aufbau eines neuen Vereinshauses erlauben. Eine Integration in den Bereich AGGLOlac, der weitgehend als Wohnzone genutzt werden soll, wird aber eher schwierig, denn die Pontoniere wollen auch die Vorräume des Vereinshauses nutzen und allenfalls grillieren können. Alle wissen, welche Probleme daraus entstehen, wenn oberhalb eines in Betrieb gesetzten Grills Schlafzimmerfenster liegen... Deshalb denke ich, dass eher ein Ersatzstandort ausserhalb des besiedelten Gebiets in Frage kommt.



**Postulat 20100398, Charlotte Garbani, PSR, "Bieler Windräder in Court: nur Bluff oder ernstes Projekt?"**

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

**Garbani Charlotte, PSR:** Je remercie la Direction de la sécurité de sa réponse extrêmement détaillée à mon postulat. Il me semble important, avant tout de remarquer, comme c'est indiqué dans la réponse, que des études supplémentaires seront menées durant les deux à trois ans à venir, avant que ce projet puisse être toutefois réalisé. Cela signifie, que dans sa forme actuelle, le projet n'est pas définitif. Il faut absolument le souligner. La construction, si elle doit se faire un jour, le nombre exact d'éoliennes et leur position ne sont pas encore déterminés. Je reste très sceptique, quant à l'implantation de parcs éoliens chez nos voisins du Jura bernois. Ceci pour de nombreuses raisons, que je ne vais pas mentionner ce soir. Je constate, par la réponse à mon postulat, que le stade actuel est encore trop peu avancé, pour donner des réponses précises à toutes mes questions. Il est donc logiquement encore trop tôt pour mener un débat concret à ce sujet. En bref, je suis satisfaite avec la proposition du Conseil municipal, en espérant que la Direction de la sécurité continue à informer de manière transparente sur ce dossier, à l'avenir.

**Rüfenacht Daphné, Fraktion Grüne Biel:** Ich möchte der Postulantin für die gestellten Fragen danken. Der Vorstoss ermöglicht eine Diskussion. Dies ist sehr begrüssenswert. Es wurden viele Fragen gestellt und die Antworten des Gemeinderats sind umfassend und informativ. Die Fraktion Grüne Biel findet es ein interessantes Projekt. Es hat grosses Potenzial, den Zielen der Grünen etwas näher zu kommen: dem Ausstieg aus der Atomenergie und einer klimaschonenden Stromproduktion vor Ort. Massgebend werden aber erst die weiteren Schritte sein. Jetzt geht es darum, die nötigen Informationen zusammenzutragen, damit die damit befassten Instanzen Entscheide fällen können. Dazu müssen unter anderem folgende Fragen beantwortet werden:

- Wieviel Strom könnte produziert werden?
- Welche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sind zu erwarten?
- Wie sichtbar wären die Windräder und von wo aus?
- Welche Auswirkungen hätten sie auf die Fauna, beispielsweise die Fledermäuse?
- Ist das Projekt finanzierbar?
- Wie sieht das Kosten-Nutzen-Verhältnis aus?

Die Fraktion Grüne Biel ist gespannt auf diese Informationen. Deshalb möchte sie vom Gemeinderat wissen, wie es mit diesem Projekt weitergeht, welches die nächsten Schritte sind und wie der Terminplan aussieht.

**Löffel Christian, Fraktion Forum:** Ich wusste nicht, dass Windräder für Fledermäuse ein Problem sind. Ich ging immer davon aus, dass die Lärmbelästigung durch Windräder das grösste Problem darstellt. Danke also für diesen Hinweis... Das Postulat ist höchst interessant. Die Fraktion Forum hatte jedoch das Gefühl, es gehe inhaltlich mehr um eine Interpellation. Die Antworten sind gut. Es wird klar, welches der Werdegang der Windrichtpläne und des Projektes sind. Die Fraktion Forum ist mit

den Antworten des Gemeinderats und mit dem Antrag, das Postulat abzuschreiben, einverstanden. Warum der Gemeinderat noch nicht auf alle Fragen detailliert Antwort geben kann, ist klar. Das Postulat wurde ein bis zwei Jahre zu früh eingereicht. Wenn im Herbst 2010 erst eine Pressekonferenz über ein soeben gestartetes Projekt dieses Ausmasses stattfindet, ist klar, dass nur zwei Monate später gestellte Fragen noch nicht restlos beantwortet werden können. Den Titel des Postulats "Bluff oder ernsthaftes Projekt" habe ich persönlich sowieso nicht ganz verstanden. Biel hat eine grüne Sicherheitsdirektorin, in deren Zuständigkeit Energiefragen fallen. Ihr traue ich zu, dass sie nicht blufft, sondern ihre Ideologien auch durchsetzt. Insofern vertraue ich darauf, dass es für erneuerbare Energien in eine gute Richtung weitergeht.

**Gurtner Roland, Passerelle:** Je soutiens évidemment ce projet de parc éolien sur les crêtes jurassiennes. Toutefois, j'aimerais faire une remarque, sur la façon dont le Conseil municipal a présenté les énergies renouvelables, en tant qu'alternative. Pour un Conseil municipal, qui a la volonté d'abandonner le nucléaire, qui a la volonté de développer les énergies renouvelables et de consolider le label "Cité de l'énergie", j'ai trouvé cela assez décevant. On sent, dans cette liste d'énergies renouvelables, la logique de rentabilité du marchand d'électricité ESB. J'aurais attendu du Conseil municipal un autre ton. J'aurais souhaité, qu'il mette en évidence, pour l'énergie hydraulique, la possibilité de développer les petites centrales ou la possibilité d'installer des centrales à tourbillons, sur la Suze, par exemple dans le secteur des écluses de l'ancienne usine Hauser. Concernant l'énergie photovoltaïque, on parle d'une source d'énergie onéreuse. J'aurais préféré qu'on cite l'énorme potentiel de développement de cette énergie et le développement fulgurant de cette énergie en Europe et dans le monde, avec les milliers de places de travail, qui ont déjà été créées. En ce qui concerne l'énergie issue de la biomasse, au lieu de dire qu'il y a des risques technologiques considérables, j'aurais préféré que l'on mette en valeur le progrès technologique, qui est en train de s'effectuer dans ce domaine, avec le développement d'un bioréacteur à membranes, qui permet de doubler le rendement de ce type de centrales.

Les conclusions sont également très négatives lorsqu'on parle de sources d'énergie pas suffisamment rentables. J'aimerais surtout corriger une erreur et je m'étonne que personne, parmi les écologistes de cette salle, ne l'ait relevé. Il est dit dans le rapport: "*Le bilan énergétique des panneaux photovoltaïques est négatif*". Ce bilan est positif, il est même très positif d'après les études, qui ont été faites et d'après plusieurs sources. En deux à quatre ans de fonctionnement, un panneau photovoltaïque a remplacé l'énergie grise nécessaire à sa fabrication. Cela veut dire, que sur une durée de vie de trente ans, ce panneau photovoltaïque aura produit dix fois plus d'énergie, qu'il n'en faut pour sa fabrication. Grâce au développement technologique dans ce domaine, ce facteur de retour énergétique va constamment s'améliorer.

**Grupp Christoph, Grüne Biel:** Der Titel dieses Postulats lautet "Bieler Windräder in Court: Nur Bluff oder ernsthaftes Projekt?". Im Vorstoss werden sehr viele Fragen gestellt und der Gemeinderat liefert spannende Antworten. Ich möchte kurz Rückschau halten: Vor zwei Wochen, am 25. Mai 2011, beschloss der Bundesrat den Ausstieg aus der Atomenergie. Frau Bundesrätin Leuthard war offen und ehrlich genug, zu kommunizieren, dass dies nicht billig sein wird, nicht nur in finanzieller Hinsicht. Das nationale Parlament zog gestern nach. Mit einer 2/3-Mehrheit wurde der Atomausstieg sehr deutlich beschlossen. Bei den Ersatzmassnahmen für den

Atomstrom harzt es aber. Es war sehr schwierig, primär auf finanzieller Ebene, Alternativen aufzuzeigen und ein Zeichen zu setzen. Nun liegt dem Bieler Stadtrat ein Vorstoss zu einem Windkraftwerk vor.

Ich möchte dazu eine Grundsatzüberlegung anstellen: Meiner Meinung nach sollten Stadt- und Gemeinderat sowie die Verwaltung am gleichen Strang ziehen. Sicher hat der Stadtrat gewisse Kontrollfunktionen, welche insbesondere durch die GPK wahrgenommen werden. Es kann sich als notwendig erweisen, hartnäckig nachzufragen oder zu rügen, wenn Fehler passieren. Ich finde es aber nicht sehr konstruktiv, die Verwaltung zum Vornherein als unseriös darzustellen oder sie anzuzweifeln. Ich frage mich, was mit dem Titel "Bluff oder ernsthaftes Projekt" beabsichtigt wurde. Ist er Ausdruck einer gewissen Unkenntnis gegenüber der Windkraft oder stellt er einen direkten Angriff auf Verwaltung und Gemeinderat dar? Die VerfasserInnen der Antwort liessen sich vom Titel glücklicherweise nicht allzu stark beirren. Sie liefern die wichtigen Informationen, konnten es sich aber nicht verkneifen, dem Stadtrat eine kleine Nachhilfelektion in Physik zu erteilen. Immerhin verfügt der Stadtrat nun dank diesem Postulat über spannende Antworten, nicht nur was die Windkraft angeht, sondern auch was die Sichtweise des ESB (Energie Service Biel) zu anderen erneuerbaren Energien und die damit zusammenhängenden Strategien betrifft. Dafür möchte ich den Verantwortlichen herzlich danken. Für mich ist die wichtigste Erkenntnis aus diesem Papier, dass Biel dank der Realisierung des projektierten Windparks mit einem Schlag um ungefähr 1/7 weniger abhängig von Atomstrom würde. Das finde ich beachtlich, zumal diese Investition die Stadt nicht allzu sehr belasten würde. Dieses Projekt ist somit alles andere als ein Bluff. Sicher, die Abklärungen müssen jetzt sorgfältig durchgeführt werden. Auch die raumplanerischen Instrumente müssen genau angewandt werden, um allfällige negative Auswirkungen auf Fauna, Flora und AnwohnerInnen ausschliessen zu können. Ich denke, der Stadtrat darf einem spannenden Projekt entgegensehen und ich freue mich auf weitere Neuigkeiten vom Grenchenberg.

**Garbani Charlotte, PSR:** L'intervention est effectivement deux ou trois ans trop tôt, mais ne vous inquiétez pas, je vais suivre le projet et revenir plus tard. Suite à la conférence de presse, qui avait été donné assez tôt, toutes les négociations n'avaient pas encore été faites avec la Commune de Court et c'est plus par souci de collaboration avec le Jura bernois, vu les problèmes qui existent entre Bienne et le Jura bernois, que j'ai fait cette intervention. Pourquoi déposer un postulat? Pour obtenir un rapport et pas seulement une réponse à mes questions.

Je pense qu'il ne faut pas rappeler, que le Parti socialiste est un parti qui s'engage pour les énergies renouvelables. Il a fait un programme suisse sur les énergies renouvelables, qu'aucun autre parti n'a encore réalisé à ce jour. Ce programme parle, entre autre, des éoliennes, des énergies photovoltaïques et de toutes les énergies que Monsieur Gurtner a énumérées. Je suis très sceptique à des projets de parcs éoliens, pas parce que je suis contre les éoliennes, mais pour d'autres questions que j'ai posées, mais qui sont restées pour le moment sans réponse. Cela viendra ultérieurement. Par exemple: quel est l'impact sur les habitants? Cette zone n'est pas très habitée, mais il faut savoir qu'en Suisse, il y a moins d'espaces légaux entre les éoliennes et les habitations (300m) et les éoliennes sont de plus en plus grandes. La faune et la flore dans le Jura bernois sont également des points très importants, auxquels il faut tenir compte. Beaucoup d'associations pour l'environnement sont

contre ce genre de projets, dans ce cadre précis. Effectivement, le projet n'est pas assez développé à ce jour pour donner des réponses à toutes mes questions. Je les poserai plus tard et comme je m'intéresse de très près à ce genre de choses, je ne lâcherai pas le projet.

**Schwicker Barbara, Sicherheitsdirektorin:** Besten Dank Frau Garbani, für die gestellten Fragen. Ich bin nicht der Meinung, dass dieses Postulat zum falschen Zeitpunkt eingereicht wurde. Ich regte diesen Vorstoss aber selber an, um dem Stadtrat etwas mehr Informationen geben zu können. Die Antworten entsprechen dem heutigen Kenntnisstand. Dies stört die Postulantin nicht und der Stadtrat weiss nun etwas mehr über dieses Projekt.

Biel wendet in Bezug auf erneuerbare Energien verschiedene Strategien an. In der Antwort wurde übrigens das Wirbelwasserkraftwerk vergessen, Herr Gurtner. Auch hierbei handelt es sich um ein bereits begonnenes Projekt. Lokal und regional sollen eigene Projekte oder partnerschaftliche Projekte (bei uns vor allem mit der Bielersee Kraftwerken AG (BIK)) umgesetzt werden, damit der Anteil an erneuerbaren Energien sukzessive erhöht werden kann. Iniziert die Stadt solche Projekte selber, hat sie immer ein grösseres Risiko, als wenn sie sich irgendwo eine Beteiligung eingeht. Wie in der Antwort beschrieben, ist der zweite Vorgehensvorschlag - insbesondere wegen den kurzen Fristen - momentan etwas schwierig. Die Stadt setzt also vor allem auf eigene Projekte in den Bereichen Sonnen-, Wind- und Wasserkraft, Gross- und Kleinkraftwerke aber auch Biogas. Das ist nicht einfach, braucht Zeit und birgt Risiken. Sicher wird nicht jedes Projekt realisierbar sein. Die Hürden sind hoch, wie auch diejenigen des vorliegenden Projekts Windpark. Ich bin aber zuversichtlich, dass ein solches Projekt an diesem Standort realisierbar sein könnte. Der Standort ist in Bezug auf die Windverhältnisse einer der ganz guten. Es würde sich also nicht um Alibiwindräder handeln, die energiemässig wenig Leistung bringen. Ausserdem ist die Gegend wenig bewohnt. In der Nähe befindet sich nur ein Gebäude, welches das ganze Jahr über bewohnt ist. Die Abstände zwischen diesem Gebäude und den Windrädern soll 300-500m betragen. Dennoch gibt es noch viele offene zu klärende Fragen. Die wichtigste Frage betrifft den Windrichtplan. Eine Antwort dazu ist erst im nächsten Frühling zu erwarten. Diese wird der Schlüssel zu diesem Projekt sein. Auch bezüglich des Windrichtplans bin ich sehr zuversichtlich, weil der Windpark nahe dem zu liegen kommen soll, welcher auf Solothurner Boden von Grenchen geplant wird. Dieses Projekt ist bereits relativ weit fortgeschritten und es ist davon auszugehen, dass es gute Realisierungschancen hat. Damit ergäbe sich Konzentration von Windrädern in einer Gegend. Für mich ist klar, dass nicht auf jedem Hügel ein Windrad aufgestellt werden kann. Alle bisherigen Abklärungen zeigten, dass der jetzt angedachte Standort ideal ist. Dies zeigt sich auch darin, dass sich bereits viele Interessenten gemeldet haben, die das Projekt am liebsten sofort kaufen möchten, obgleich es noch nicht weit gediehen ist. Die Langzeitwindmessungen liegen aber vor und sie erbrachten gute Resultate. Auch gibt es andere städtische Werke und Energieversorger, welche mit Biel zusammen eine AG gründen und den Windpark realisieren möchten. Biel geht vorläufig nicht auf solche Angebote ein, verfolgt die bisherige Strategie weiter und wird erst später entscheiden, ob sie den Windpark selber betreiben möchte oder nicht.

Wie richtig erwähnt wurde, könnte damit mit einem Windpark 1/7 der heute in Biel konsumierten Atomenergie auf einen Schlag ersetzt werden. Das ist eine grosse

Menge. Für rund 24 GWh Strom gäbe es zudem eine kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) des Bundes. Das neue Kraftwerk im Hagneckkanal liefert dereinst rund 55 kWh Strom. Der Windpark würde also etwa halb so viel Strom liefern wie Hagneck. In Bezug auf die Kosten hat Biel in Hagneck ein Vorzeigeprojekt. Die Chancen für den Windpark liegen aus Bieler Sicht einerseits in der sehr guten Lage und andererseits im Zusammenspiel mit dem Solothurner Projekt.

Herr Gurtner, vielleicht wurden die Antworten tatsächlich etwas defensiv formuliert. Dass auch der finanzielle Aspekt erwähnt wird, finde ich hingegen richtig. Sobald über die gesamte Palette erneuerbarer Energien gesprochen wird, wird der Gemeinderat dem Stadtrat auch aufzeigen können, mit welchen Investitionskosten, Technologien und so weiter zu rechnen ist. Ich wurde darauf hingewiesen, dass die französische Übersetzung zur Fotovoltaik Fehler aufweist. Anscheinend heisst es dort, die Bilanz sei negativ. Das ist nicht der Fall. Im deutschen Text heisst es lediglich "ungünstig", nicht aber negativ.

Wie geht es jetzt mit diesem Projekt weiter? Der wichtigste Schritt ist nun die Verankerung im Windrichtplan. Diese ist die Grundlage für die Weiterverfolgung des Projekts. In der Zwischenzeit werden keine grossen Abklärungen mehr getroffen. Das lohnt sich nicht und ist auch nicht nötig. Relevant für den Windrichtplan sind vor allem die Windmessungen. Diese wurden, wie erwähnt, bereits durchgeführt. Die Stadt ist in engem Kontakt mit der Gemeinde Court. Diese unterstützte das Projekt von Beginn weg. Es ist mir wichtig zu erwähnen, dass die Gemeinde Court selber vom Projekt sehr überzeugt ist und von Biel nicht etwa bedrängt wird. Auf dieser guten Zusammenarbeit wird die Stadt aufbauen können. Für die Nutzung der Windkraft soll in Zusammenarbeit mit der Association régionale du Jura-Bienne (ARJB) ein gemeinsamer Nenner für die ganze Region gefunden werden, um damit schädliche Einflüsse minimieren zu können. Dies kann nur unterstützt werden, denn nur so kann dem befürchteten Wildwuchs Einhalt geboten werden. Es ist wichtig, dass gemeinverträgliche Lösungen gefunden werden, die nicht pauschal bekämpft, sondern differenziert beurteilt werden können. Ich freue mich auf die weiteren Projektetappen. Natürlich kann der Stadtrat weiterhin Vorstösse zu diesem Thema einreichen. Der Gemeinderat wird aber sicher auch von sich aus informieren, wenn wichtige Schritte anstehen, oder ein Kreditantrag notwendig wird.

**Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.**

**Überparteiliche Motion 20100305, Marc Arnold, SP, Pascal Fischer, DE, Nathan Güntensperger, GLP, "Strandbad Biel: Erhaltung und Ausbau des Strandbades zum vollwertigen Familien- und Schulbad"**

(Text der überparteilichen Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Punkte 4, 5, 6 und 8 der Motion erheblich und die übrigen Punkte nicht erheblich zu erklären.

**Arnold Marc, SP:** Ich danke dem Gemeinderat für die absolut negative Antwort. Es ist bemerkenswert, dass eine Stadt mit über 50'000 EinwohnerInnen kein

Schwimmbad im eigentlichen Sinn mehr haben will. Behörde und Volk kauften in den 30er - 70er-Jahren Land in Nidau, um ein funktionierendes Strandbad mit Freizeitbetrieb gewährleisten zu können. Wie dem dem Vorstoss beigelegten Bericht von 1982 nachzulesen ist, besitzt Biel 27'000 m<sup>2</sup> Land für den Betrieb eines Strandbades. Dazu kommen 31'000 m<sup>2</sup> Umschwung, welcher für Parkieranlagen und dergleichen gebraucht wird. Im Ganzen besitzt Biel also Land im Umfang von 58'000 m<sup>2</sup>, welches explizit für das Strandbad genutzt werden soll. In den 80er-Jahren fragte sich der Gemeinderat, ob das Land sinnvoller genutzt werden könnte. Dabei ging es aber vor allem um Parkieranlagen. Nicht nur die Bevölkerung hält sich in der Natur auf, sondern auch Autos werden im Grünen abgestellt. Der damalige Gemeinderat war der Meinung, dass die Parkplätze in Richtung Barkenhafen auf den Kiesbereich verschoben werden könnten. Aus dieser Überlegung entstand das Strandbadkonzept 82. 1997 erfolgte ein Zukauf von 16'000 m<sup>2</sup> für die Expo.02. Wenn in den Medien vom Expo-Park die Rede ist, handelt es sich um dieses Gelände zwischen Dr. Schneider-Strasse und BKW. Die restlichen 58'000 m<sup>2</sup> bestanden schon vorher und wurden vom Strandbad genutzt. Gemäss neuem Gestaltungskonzept soll nun das Strandbad um so viel verkleinert werden, dass es gar kein eigentliches Strandbad mehr ist. 44'000 m<sup>2</sup> der Strandbad- und Nebenflächen sollen neu überbaut werden können. Rechnet man die Expo-Fläche dazu, sind es gar 60'000 m<sup>2</sup>. Der Gemeinderat kann noch lange versuchen, am See weiteres Land hinzuzukaufen, auf solche Flächen wird er dabei aber nie kommen. Die heutige Praxis des Gemeinderats ist es, ein ehemals grünes Gebiet zu überbauen, eine kleine Grünfläche stehen zu lassen und dann zu behaupten, er hätte Grünflächen geschaffen. Ich zweifle daher die im Bericht auf Seite 5 aufgeführte Tabelle auch an.

Die Beantwortung der Punkte 1 - 8 der Motion, welche kurzfristige Forderungen enthalten, erscheint den Motionären absolut trivial. Herr Wiher wird anschliessend noch eine Gesamtschau halten, ich spreche aber nur zu diesen acht Punkten. Der Gemeinderat gibt für die Punkte 4, 5, 6 und 8 positiven Bescheid, die Punkte 1, 2, 3 und 7 hingegen beurteilt er abschlägig. Die Motionäre hätten es eher verstanden, wenn die Antwort "ja, aber ..." gelautet hätte oder die Umwandlung in ein Postulat vorgeschlagen worden wäre. Beim Punkt 1 geht es um eine mannshohe Hecke, die als Sichtschutz rund um die als Freizeitfläche nutzbare Grünfläche dient. Diese ist für die sich auf dieser Wiese aufhaltenden Jungen wie auch für Badegäste eine Notwendigkeit. Wenn das Strandbad voll belegt ist, könnte diese Fläche als Liegefläche genutzt werden. Im heutigen Zustand geht jedoch niemand dorthin. Eine Art Hecke existiert ja eigentlich schon bei den Parkplätzen und Sportflächen. Diese wird von einer Gärtnerei betreut und es ist ein Leichtes, diese im Frühling zu setzen und in den Treibhäusern zu überwintern. Es wäre also einfach, eine solche Hecke auch als Sichtschutz im fraglichen Areal zu setzen. Sie wäre nicht verloren und könnte später, sollte die ganze Fläche einmal überbaut werden, andernorts verwendet werden. Sie diene zudem auch dem Tierschutz, denn Vögel können darin nisten. Bei den Punkten 2 und 3 geht es um die bessere Markierung der heutigen Sportflächen. Dies wurde in der Sportkommission kurz diskutiert. Für die Expo.02 wurde diese Fläche mit Geröll bedeckt und sollte später wieder begrünt werden. Diese Fläche ist nicht attraktiv um darauf zu spielen. Würde das Geröll weggeräumt, käme darunter ein schöner Rasen zum Vorschein. Darum geht es aber nicht. Vielmehr soll die heutige Grünfläche mittels weissen Linien besser markiert werden. Ziel der Markierung ist es, die Badegäste wissen zu lassen, wo gespielt werden darf. Die Massnahme wäre leicht umzusetzen. Bei Punkt 7 geht es darum, mehr Bäume zu

pflanzen. Der Gemeinderat behauptet, er habe dies getan. Er hat diese aber vor allem in einem Bereich getan. Nicht alle wollen aber dort liegen und es wollen sich auch nicht alle in einem Wäldchen hinlegen. Bei Punkt 7 geht es vor allem auch darum, die Umrandung der Sportflächen attraktiver zu gestalten.

**Wiher Max, GLP:** Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort. Die Bilanz des öffentlichen Raumes Abschnitt Strandbad (Seiten 4 und 5), ist nicht korrekt. Darauf wies bereits Herr Arnold hin. Der Gemeinderat geht in seiner Antwort von einer öffentlichen Fläche von 27'000 m<sup>2</sup> aus. Das ist falsch. Vor der Expo.02 betrug die Fläche zusammengesetzt aus Strandbadareal (27'000 m<sup>2</sup>) und den restlichen öffentlichen Flächen (31'000 m<sup>2</sup>) gesamthaft 58'000 m<sup>2</sup>. Dies wird im Strandbadkonzept 82 auf Seite 2 durch das Grundbuchamt belegt. Das Resultat ist also nicht wie angegeben 13'000 m<sup>2</sup>, sondern 44'000 m<sup>2</sup>. Ich finde, das ist ein wesentlicher Unterschied! Des Weiteren widerspricht sich der Gemeinderat in seiner Antwort. Er schreibt auf Seite 2: *"Zunächst ist festzuhalten, dass das Strandbad Biel ein Erholungs- und Freizeitareal für ein grosses Publikum darstellt. Es muss gleichzeitig verschiedene Bevölkerungsgruppen aller Altersstufen für verschiedene sportliche und nicht-sportliche Freizeitaktivitäten auf unterschiedlich nutzbaren Flächen offen stehen. Das Ausscheiden von Flächen für einen Fussballplatz oder einen Basketball/Handballplatz würde diesem Betriebskonzept zuwiderlaufen, indem die Vielfältigkeit der Anlage vermindert wird und den Interessen der vielen unterschiedlichen Nutzern abträglich wäre."* Im Gegensatz dazu schreibt der Gemeinderat auf Seite 3: *"In der heutigen Vision des Projekts AGGLOlac, die im Rahmen eines Wettbewerbs verfeinert/geändert wird, ist vorgesehen, die Gesamtfläche des Strandbadareals Biel zu reduzieren, so dass nur noch dessen westlicher Teil, d.h. das eigentliche Strandbad für die Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Der hintere Teil des heutigen Strandbadareals, der heute als Platz für Spiel und Sport dient, soll aufgehoben und für das Bauprojekt genutzt werden."* Da der Gemeinderat diesen Widerspruch über das Projekt AGGLOlac begründet, gehe ich auch auf dieses Bauprojekt ein. Das Bieler Strandbad soll also nicht wegen Sportfeldern, sondern wegen des Bauprojekts AGGLOlac verkleinert werden. Dies schliesst die eingangs beschriebene "vielfältige Nutzung" ebenso aus. Aber nicht nur das: sogar der Kernbereich des Strandbades geriete dadurch in akute Gefahr. Man stelle sich einmal die Situation vor, dass Leute auf Balkonen dieser Überbauung unmittelbar hinter dem Strandbad Badegäste beobachten. Eine unerträgliche Situation und eine absolute Fehlplanung. Dies würde kein Strandbad überleben. Verdichtetes Bauen in gut erschlossenen Gebieten ist tatsächlich ein grünliberales Anliegen, aber weder an Seeufern noch in Parks. Die Stadtbevölkerung benötigt Erholungsraum und Grünflächen in unmittelbarer Nähe, sonst steigt die Kriminalität und das Mobilitätsbedürfnis.

Als ich seinerzeit an der Infoveranstaltung der Stadt fragte, ob AGGLOlac auch ohne die Grünfläche hinter dem Strandbad realisierbar sei, bekam ich von den Stadtplanung die unmissverständliche Antwort, dies sei aus ökonomischen Gründen ausgeschlossen. Maximalforderungen mögen zu Beginn eines Findungsprozesses Taktik sein, aber unter lösungsorientierter Politik verstehe ich, dass sich beide Seiten bewegen müssen, um einen guten Kompromiss zu finden. In der Antwort des Gemeinderats sowohl wie in der Planung AGGLOlac vermisste ich diese Kompromissbereitschaft. Deshalb erinnere ich nochmals an frühere Projekte für dieses Gebiet. Die beschriebene Fläche wurde damals von Biel mit der Absicht

gekauft, das Strandbad zu vergrössern und eine öffentliche Grünfläche zu erstellen. Es gab das Projekt "Grüngürtel von Ipsach bis Vingelz". Dazu gab es ein Mitwirkungsverfahren. Es beinhaltete verschiedene Parkanlagen mit Freizeitangeboten. Es gab das Projekt "Expopark". Die Bevölkerung ist sich bewusst, dass all diese Projekte in krassem Widerspruch zu AGGLOlac stehen. Ich gebe AGGLOlac, so wie es jetzt geplant ist, wenig Chancen, schon gar nicht, wenn dadurch weitere 44'000 m<sup>2</sup> am See zubetoniert werden sollen. Alle BefürworterInnen von AGGLOlac sollen sich also gut überlegen, ob sie wegen dieser kleinen Grünfläche hinter dem Strandbad das ganze AGGLOlac-Projekt riskieren möchten oder doch lieber einen Kompromiss eingehen wollen. Ich **beantrage** den Stadtratsmitgliedern, die **Punkte 1, 2, 3, 7 und 9 - 12 der Motion ebenfalls erheblich zu erklären**. Sie tragen dazu bei, die hohe Lebensqualität am Bieler Seeufer zu erhalten.

**Wiederkehr Martin, SP:** Das Bieler Strandbad ist sicher ein Ort, an dem man picknicken, sonnenbaden oder ein Buch lesen kann. Ganz viele, explizit etwas mehr männliche Jugendliche, haben ein extremes Bewegungsbedürfnis. Die heutige Situation, in welcher Frauen und Männer mitten unter den Badegästen Fussball oder Volleyball spielen und die Bälle immer wieder in Picknickkörben oder auf Lesebrillen landen, ist unhaltbar. Es braucht im Bieler Strandbad klar geregelte Verhältnisse. Dies vereinfacht die Situation für die Bademeister und Sportlehrer wie auch für alle Badegäste. Hier ist Lese-, dort Bewegungszone. Biel hat nicht allzuvielen Grünflächen, auf welchen sich die Bevölkerung sportlich betätigen und gleichzeitig baden kann. Das Bieler Strandbad ist dafür optimal und es wird auch genutzt und geschätzt. Aufgrund der Expo.02 verschwand ein Teil der Grünfläche. Wenn ich mit einer Klasse Fussball spielen gehe und jemand fällt um, führt dies auf dem heutigen Kiesplatz zu aufgeschundenen Knien. Der Platz ist äusserst unattraktiv. Sicher braucht es kein Fussballfeld in FIFA-Grösse, aber es braucht mehrere kleinere Felder, Fussballtore und Möglichkeiten für andere Ballsportarten. Der Gemeinderat schreibt, Sport gehöre ans Ufer von Ipsach oder an den Strandboden. Das stimmt nicht. Das Bieler Strandbad ist eine Sportanlage. Auch schwimmen ist Sport. Entsprechend braucht es fixe Installationen. **Deshalb ist es der Sportkommission wichtig, dass die Punkte 2, 3 und 7, welche explizit den Sport betreffen, zumindest als Postulat überwiesen werden**. Die Sportkommission kam zum Schluss, dass ein Familien- und Sportbad mit den entsprechenden Abmessungen nicht unbedingt Priorität hat. Auf die Punkte 9 - 12 ging sie deshalb nicht weiter ein. Es ist ihr aber wichtig, dass auch die Punkte 2, 3 und 7 zumindest als Postulat getragen werden. Ich danke für die Unterstützung des Anliegens nach mehr Bewegung und Sport und hoffe, dass das Bieler Strandbad auch weiterhin optimal genutzt werden kann.

**Donzé Pablo, au nom du Groupe des Verts Bienne:** Cher Monsieur le Maire, chers sportifs, cher responsable de ministère Verts libéraux, chers membres d'honneur d'associations, chers directeurs d'écoles turcs, chers individus sans fonction particulière, n'aviez-vous pas de possibilités plus simples de revendiquer une revalorisation de la Plage de Bienne? Il ne vous reste plus qu'une pelle et une pioche et vous commencez les travaux, c'est cela? On peut demander un trottoir au Lindenhof, parce que c'est dans l'intérêt de tous les habitants d'un quartier, d'avoir plus de sécurité le long des routes. On peut demander, que des marches soient réévaluées, parce qu'elles ne s'inscrivent pas dans un cadre plusieurs fois centenaires. On peut demander, que la Plage de Bienne soit revalorisée et qu'on y



fasse en sorte qu'elle soit plus attractive pour toute la population et que l'entrée soit éventuellement gratuite. Mais, on a de la peine avec ce concept d'une époque, où certains d'entre nous n'étions même pas nés, avec toutes ces revendications et avec cet argumentaire sans fondements. Allons plus loin. Le Groupe des Verts propose, pour mettre en valeur l'architecture du fleuron de la Plage des années 30, qu'on réaménage la Plage selon les critères de l'avant-guerre! Non excusez-moi, je m'emporte. Le Groupe des Verts retire sa proposition. La Plage, selon 1982 semble être un véritable complexe sportif pour jeunes pudiques. Avez-vous déjà joué au foot sur un terrain aux normes de la FIFA, 120m sur 90m? Si vous n'êtes pas 22 et bien organisés, c'est de la torture. En ce qui concerne un bassin au bord du lac, je pensais justement qu'on était sorti des idées farfelues des années 60 à 80, où on construisait parfois n'importe quoi, n'importe où. Une piscine se trouve à 10 minutes de là et le Groupe des Verts estime que c'est suffisant. Si vous voulez faire du football et vous baigner, vous pouvez aller à Macolin! On peut d'ailleurs faire du football dans toute la Ville.

La partie arrière de la Plage n'est pas des plus attractives en ce moment. C'est un fait et cela doit être corrigé. Mais, la motion semble aller trop loin. Elle développe une vision bien masculine et sportive de ce qui devrait être le "Strandbad" de toute la population. On pourrait d'ailleurs imaginer un "gender aménagement" au bord du lac! La motion vise plusieurs buts, dont celui de mettre en péril le projet AGGLOlac, qui semble très intéressant, s'il est bien développé. C'est pour cette raison, que le Groupe des Verts soutient la proposition du Conseil municipal. Je ne peux m'empêcher une dernière question aux motionnaires: d'où vient, je cite, *"...dieser Trend bei den Jugendlichen zu stoffreichen Badekleidern..."*? Je suis curieux, parce que je n'ai pas fait la même constatation! S'il n'y a pas d'ados à l'arrière de la Plage, ce n'est pas parce qu'il n'y a pas de haie, mais parce qu'ils se trouvent où tous les autres sont, à l'avant de la Plage et qu'ils se montrent leurs nombrils!

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Ich habe erwartet, dass in dieser Debatte mehr geredet wird... Ich kann mein Votum also anpassen und kürzen. Die Motion ist zweigeteilt. Ich bestreite, dass der Gemeinderat eine sehr negative Antwort gegeben hat. Immerhin antwortet er ausführlich und rückt die Anliegen ins richtige Licht. Gewisse Punkte sollen gar erheblich erklärt werden. Ich beginne bei der Vision AGGLOlac. Herr Donzé sagte es richtig: das Strandbadkonzept 82, welches ich auf der Baudirektion nicht gefunden habe, steht völlig diametral zum Projekt AGGLOlac und kann so nicht umgesetzt werden. AGGLOlac wurde vor einem halben Jahr im Stadtrat ausgiebig diskutiert und es wurde eine interkommunale Kommission eingesetzt. Der hintere Teil des Strandbades befindet sich im Perimeter des Projekts AGGLOlac. Wenn diese Motion jetzt überwiesen wird, kann AGGLOlac beerdigt werden. Wahrscheinlich ist dies auch die Absicht eines Teils der Unterzeichnenden. Das Projekt AGGLOlac soll jetzt weiter entwickelt werden. Deshalb ist der Gemeinderat davon überzeugt, dass die erweiterten Schlussfolgerungen der Motion abgelehnt werden sollten. Es ist ja nicht so, dass im Projekt AGGLOlac keine Sportflächen mehr vorgesehen sind. Sie werden einfach auf die andere Seite, auf die Seematte verschoben. Die Seematte, westlich des Strandbades, wird neu eine riesige Freifläche für die Jugend und für sportliche Aktivitäten. Der Gemeinderat widerspricht sich also nicht. Es besteht sogar die Möglichkeit, Seematte und Strandbad zu verbinden. Aus diesem Grund bitte ich den Stadtrat, die Erheblicherklärung der Punkte 9 - 12 abzulehnen.

Auf die anderen Forderungen tritt der Gemeinderat ein. Er ist durchaus bereit, die Punkte 4, 5, 6 und 8 zu unterstützen. Punkt 1, die mannshohe Hecke als Sichtschutz ist ebenfalls ein Widerspruch. Wenn dort Sport getrieben werden soll, braucht es keinen Sichtschutz. Dieses Anliegen ist auch schwierig umzusetzen. Ich bitte den Stadtrat Vorsicht walten zu lassen, wenn es darum geht, Punkt 1 als Postulat zu überweisen. Punkt 2 fordert ein FIFA-konformes Fussballfeld. Diese Forderung nahm ich ernst. Ein solch grosses Fussballfeld kann sicher nicht umgesetzt werden. Allenfalls wären kleinere Fussballfelder möglich. Allerdings entstünde dadurch ein gewisser Nutzungskonflikt, denn das Strandbad ist für alle da. Fussballfelder würden aber gewisse Badegäste ausgrenzen. Dies hätte diesfalls der Stadtrat zu verantworten. Wenn aber Schulklassen dort Fussball spielen wollen, Herr Wiederkehr, stellt sich die Frage, weshalb die Lehrkräfte nicht ordentliche städtische Fussballfelder nutzen, die brach liegen? Muss es wirklich das Strandbad sein, nur weil Lehrkräfte gerne baden gehen? (*Zwischenrufe*) Kleinere Fussballfelder wären aber möglich, somit könnte Punkt 2 demnach als Postulat überwiesen werden. Auch Punkt 3, welcher weitere Sportfelder fordert, könnte als Postulat überwiesen und geprüft werden. Der Gemeinderat ist gerne dazu bereit. Ich weise aber auch nochmals darauf hin, dass es zu Nutzungskonflikten kommen kann. Für die Punkte 4, 5, 6 und 8 beantragt der Gemeinderat die Überweisung als Motion. Punkt 7 wiederum verlangt Bäume am Rand der Sportfelder. Im Strandbad wurden in letzter Zeit viele Bäume gepflanzt. Biel ist gar die einzige Stadt mit Fussballfeldern, auf welchen Bäume wachsen... Diese Forderung ist sicher sehr originell und könnte als Postulat überwiesen und geprüft werden. Trotzdem bitte ich den Stadtrat auch hier vorsichtig zu sein. Insbesondere bitte ich den Stadtrat aber, die Punkte 1 und 9 - 12 abzulehnen, da sie das Projekt AGGLOlac gefährden.

**Wiher Max, GLP:** Das Strandbadkonzept 82 liegt dem Vorstoss bei. Herr Klopfenstein hätte also die Möglichkeit gehabt, es zu lesen, auch wenn es auf der Baudirektion nicht mehr vorhanden ist, das kann also nicht das Problem sein. Die Behauptung, dass das Projekt AGGLOlac nicht realisiert werden kann, wenn die Strandbadwiese nicht im Projektperimeter verbleibt, empfinde ich als Erpressung, respektive kann es nicht glauben. Verdichtetes Bauen in der Stadt ist absolut sinnvoll. Die Frage ist einfach, ob auf der Maximalforderung beharrt werden soll, oder ob ein Kompromiss in Seenähe möglich wäre. Diese Fläche wird oft und von vielen EinwohnerInnen genutzt, sei es zum Baden, Sport treiben oder zum Flanieren. Für eine Stadt sind solche Flächen wichtig. Dass auch die kleine Wiese hinter dem Strandbad bedingungslos zugebaut werden muss, kann ich nicht glauben. Deshalb möchte ich auf der Erheblicherklärung der Punkte 1 - 8 bestehen.

**Arnold Marc, SP:** Es ist mir schon klar, dass Herr Klopfenstein das Strandbadkonzept 82 auf der Baudirektion nicht mehr findet. Herr Hadorn beschrieb es einmal in einer Kolumne: die Baudirektion räumte auf, und statt die von Herrn Wyss auf der Baudirektion archivierten Dokumente ins Stadtarchiv zu bringen, landeten sie auf der Müllhalde...! Deshalb ist dieses Dokument wohl unauffindbar. Ich weiss nur nicht, ob ich Herrn Klopfenstein bezüglich Punkt 1 richtig verstanden habe. Dabei geht es ja um eine Hecke. Im Bericht wird erwähnt, dass eine Lösung mit Schlingpflanzen denkbar wäre. Ich weiss nicht, ob dieser Ansatz immer noch aktuell ist. Mit der Umwandlung in ein Postulat könnten die Motionäre leben. Bei Punkt 7 ist ja klar, dass die Bäume nicht auf dem Spielfeld, sondern an deren Rand gepflanzt

werden sollen. Was die FIFA-Grösse anbelangt, gingen die Motionäre von früheren Bedingungen aus. Würde der Kies entfernt, kämen sogar noch die früheren Torverankerungen wieder zum Vorschein. Die Tore selber sind im Lindenschulhaus eingelagert und wären noch vorhanden. Die Motionäre beharren aber nicht unbedingt auf dieser Grösse. Die Strandbäder Grenchen, Nidau, Lyss, Aarberg oder Büren folgen alle dem Konzept von getrennten Spiel- und Liegeflächen. Ein Strandbad braucht diese Flächen. Niemand kann von einem Familienvater verlangen, dass er seine kleinen Kinder weit weg schickt, um dort Fussball zu spielen. Schulklassen gehen nicht nur in Strandbäder, um zu schwimmen, sondern auch für andere Aktivitäten. Die Klasse kann nicht aufgeteilt werden, damit ein Teil irgendwo Fussball spielen und der andere schwimmen gehen kann!

**Kaufmann Stefan, Fraktion Forum:** Für die Fraktion Forum war es eigentlich im Vorfeld klar, dass sie den Antrag des Gemeinderats unterstützt. Sie kann sich aber damit einverstanden erklären, auch die Punkte 2, 3 und 7 als Postulat erheblich zu erklären. Die Punkte 1 und 9 - 12 lehnt sie jedoch ab.

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Herr Wiher, den Vorwurf der Erpressung weise ich zurück! Wenn schon, wäre es Nötigung... - aber auch das ist eine Nuance, die nicht zutrifft (*Gelächter*). Starten wir doch einmal mit dem Projekt AGGLOlac, wie es auch immer herauskommen mag und sehen dann, welcher Perimeter schlussendlich tatsächlich betroffen ist. Wenn jetzt aber auf der Wiese beharrt wird, ist das Projekt gefährdet, obwohl es nicht mehr umstritten zu sein schien. Aktuell wird nur noch über Details diskutiert. Motionäre und Gemeinderat sind in ihrer Haltung nicht mehr so weit auseinander, Herr Arnold. Ich sagte klar, dass der Gemeinderat bereit ist, die Punkte 2, 3 und 7 als Postulat zu prüfen. Punkt 1 mit der mannshohen Hecke ist einfach schwierig umsetzbar. Schlingpflanzen wären allenfalls eine Möglichkeit. Allerdings kann ich schon nicht mehr garantieren, dass diese beim Start der Badesaison 2011 bereit stehen könnten. Eigentlich hat die Badesaison ja bereits angefangen. Schlingpflanzen können nämlich erst im Herbst gepflanzt werden, wenn das Strandbad bereits geschlossen ist. Ich bitte den Stadtrat, dieser veränderten Variante, welche ich als Kompromiss anbiete, zuzustimmen.

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Zuerst möchte ich darauf aufmerksam machen, dass, falls das Bedürfnis besteht, über die ganze Vorlage als Motion abzustimmen und diese abgelehnt würde, der ganze Vorstoss vom Tisch wäre. Zudem mache ich darauf aufmerksam, dass der deutsche und französische Text nicht übereinstimmen. Für die Abstimmung schlage ich deshalb folgendes Vorgehen vor:

1. Abstimmung darüber, die unbestrittenen Punkte 4, 5, 6 und 8 als Motion erheblich zu erklären.
2. Abstimmung darüber, Punkt 1 in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.
3. Abstimmung darüber, die Punkte 2, 3 und 7 in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.
4. Abstimmung darüber, die restlichen Punkte 9 - 12 als Motion nicht erheblich zu erklären.

Sind die Motionäre mit diesem Vorgehen einverstanden? Dies scheint der Fall zu sein.

### **Abstimmung**

- über den Antrag des Gemeinderats, die Punkte 4, 5, 6 und 8 erheblich zu erklären

**Der Antrag des Gemeinderats wird gutgeheissen.**

- über den Antrag, Punkt 1 in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären

**Dieser Antrag des Gemeinderats wird abgelehnt und Punkt 1 wird auch nicht als Motion erheblich erklärt.**

- über den Antrag, die Punkte 2, 3 und 7 in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären

**Dieser Antrag wird gutgeheissen.**

- über den Antrag des Gemeinderats, die Punkte 9 - 12 nicht erheblich zu erklären

**Der Antrag des Gemeinderats wird gutgeheissen.**

**Lachat Thomas, Stadtratspräsident:** Damit möchte ich die Sitzung schliessen. Ich wünsche allen einen schönen Abend.

**98. Neueingänge**

<b>20110222</b>	<b>Postulat Peter Mischler, Fraktion SP</b>	<b>BAU</b>
	Werbung an Kehrlichtlastwagen der Stadt Biel Publicité sur les camions-bennes à ordures	FIN
<b>20110223</b>	<b>Überparteiliche Interpellation Max Wiher, GLP</b>	<b>BSK</b>
	Unterstützung kleiner Kulturinstitutionen Soutien des petites institutions culturelles	FIN

**Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22.50 Uhr / heures**

---

**Der Stadtratspräsident / *Le président du Conseil de ville*:**

Thomas Lachat

**Die Ratssekretärin / *La secrétaire parlementaire*:**

Regula Klemmer

**Protokoll:**

Katrin Meister

Lilian Stähli

**Procès-verbal:**

Claire-Lise Kirchhof